

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; — Durch die Post bezogen (Postzeitungs-Nr. 4078) vierteljährlich mit der „Neuen Welt“ 2.25 Mk., für 2 Monate 1.50 Mk., für 1 Monat 75 Pfg. zzgl. Bestellgeld.

Chefredaktion:  
Dr. Bruno Schoenlant.

Inserate werden die 6gepaltene Beizeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinskonzesse 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt 1. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 14. Februar.

Ueber die dänische Socialdemokratie im Jahre 1894 schreibt uns unser dänischer E. S.-Mit-arbeiter: Mit einem Gewaltstreik von oben ist in Däne-mark das alte Jahr beschlossen worden. Das neue Wahl-kreisgesetz, das klipp und klar einen Verfassungsbruch bedeutete, ist durch ein Bündnis zwischen der Rechten und den moderaten (gemäßigten) Großbauern im Folkething angenommen worden. Unermüdlich hat in der Zeit des tobenden Kampfes die dänische Socialdemokratie ihre Pflicht gethan, und wenn sie auch nicht hat verhindern können, daß die reaktionäre Ungerechtigkeit Ereignis geworden ist, so hat doch gründlich und nachhaltig ihre Thätigkeit dem dänischen Volk die innere Bedeutung des sauberen Mandä-vers zum Bewußtsein gebracht. In wochenlanger unerbitt-licher und unwiderstehlicher Kritik hat sie die umhüllenden und einschließenden Phrasen alle zerstückt und den brutalen Akt in seiner ganzen nackten Nichtlosigkeit unbarmherzig dargestellt. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Hauptstadt des Landes, die bei der Neuordnung der Dinge allein schon um 9 Kreise betrogen wird, dem socialdemo-kratistischen Zeitungs- und Versammlungsprotest bei den näch-sten Wahlen einen wichtigen realpolitischen Nachdruck geben wird. Vorläufig allerdings — die kopflose Reaktion ar-beitet ja immer für den Augenblick und überläßt alles kommende der Sintflut — vorläufig also hat die neue „Ordnung“ Gesetzeskraft auf unbegrenzte Zeit. Der §. 32 der Verfassung, der die Mitgliederanzahl des Folkthings bestimmt, ist durchbrochen und die Zahl der Volksvertreter rechtswidrig herabgesetzt.

Der Einfluß der Städte ist zu Gunsten des platten Landes, will sagen: der Geld- und Gutsbesitzerherrschaft, beschränkt und nicht einmal die holde Täuschung, als han-dele es sich um eine vorläufige Regelung der Sache, haben die Ordnungsparteien vor dem socialdemokratischen Ansturm aufrecht erhalten können. Als nämlich unser Parteigenosse, der Abgeordnete B. Holm mit der „Vorläufigkeit“ ernst machte und die Gültigkeit des Gesetzes bis zum Jahre 1897 beschränken wollte, stimmten die Helben der Rechten und gemäßigten Linken gegen ihn und offenbarten so mit Lobens-würter Deutlichkeit die Absicht, den ungesetzlichen Zustand in Permanenz zu erklären. Die abwärtsgehende bürger-liche Gesellschaft sucht eben überall die verloren gegangene innere Berechtigung durch äußerliche Machtmittel zu ersetzen und das verwerfliche Spiel wiederholt sich fast überein-stimmend in allen Kulturländern Europas. In Deutsch-

land heißt es „Umsturzvorlage“ und in Dänemark „Wahl-kreisgesetz“; aber hinter beiden Etiketten birgt sich daselbe, der vollständige Vantrott nämlich der herrschenden Klassen, die endgültige und rettungslose Insolvenz gegenüber den Forderungen der fortschreitenden Kultur.

Wie in Deutschland, gerade als von oben der Kampf mit Polizeimitteln insceniert wurde, Berliner Arbeiter eine mächtige Unternehmerorganisation zur Kapitulation zwangen, so ist auch in Dänemark mit den letzten Tagen des alten Jahres ein hartnäckiger Streik der Tischler in den drei jütischen Städten Hjørring, Nalborg und Viborg zu Ende gegangen und es zeigt sich uns also auch hier eine sol-daritätserfüllte kraftbewußte Arbeiterschaft im Gegensatz zu einer ratlosen Regierung, die im verzweifeltsten Kampf um ihre wankende Stellung vor nichts mehr zurückschreckt. Wie im Ausgange des Jahres der letzte und bedeutendste Streik sich in Jütland abspielte, so ist dieser Teil Dänemarks überhaupt der Schauplatz der lebhaftesten gesellschaftlichen Kämpfe gewesen, was seinen Grund in den hier sehr stark forcierten Unternehmerorganisationen haben dürfte, die als wesentlichen Zweck ihres Daseins eine Herabdrückung des Lohnes ansehen. Ein Beginnen allerdings, das am ein-mütigen Widerstand der Arbeiterschaft scheiterte, und dessen Ausgang die Gegner belehrt haben dürfte, daß Arbeiter-organisationen verflucht reale Machtfaktoren sind, mit denen — wohl oder übel — gerechnet werden muß. Im übrigen hat der wirtschaftliche Kampf im verfloffenen Jahre starke Konflikte nicht gezeitigt und sich mehr im Stillen ohne auffeinerregenden Ärm nach außen abgepielt. Sehn Arbeitszweigen mit zusammen 3000 Ar-beitern ist es gelungen, ohne größere Ausgaben für Streikunterstützungen und ohne nennenswerte Verluste an Arbeitszeit, ihre Lebenshaltung um ein Beträchtliches zu erhöhen. Nur die Glasarbeiter waren zu einem Kampfe gezwungen, der ihnen aber nach 10 Wochen schließlich doch den Sieg brachte. — Wie überall hat sich auch hier der sehr christliche Staat als ein sehr wenig christlicher Unter-nehmer erwiesen. So war die Uniformlieferung für die Staatsbahnen einem Kopenhagener Meister unter so un-günstigen Bedingungen übertragen, daß er im Interesse seines Profits Versuche machen mußte, mit den Löhnen unter den geltenden Preisdiscourant herabzukommen. Wenn ihm das nun auch glücklicherweise — dank der organi-sierten Arbeiterschaft — nicht gelang, so bleibt es doch nichtsdestoweniger ein standalder Zustand, daß staatliche Institutionen den privaten Unternehmer in der Ausbeutung noch übertreffen.

Bei der Erwähnung der bedeutungsvollsten Erscheinungen vom wirtschaftlichen Kriegsschauplatz darf die Einführung der Kontrollmarke für die Tabak- und Korkwaren-industrie nicht übergangen werden. Man hofft vor allem in den Kreisen der dänischen Genossen, durch dieses Mittel die schmählige Hausindustrie und die Schmutzkonzurrenz der Gefängnisarbeit beseitigen zu können. Abgesehen aber auch von diesen Zielen, ist bereits infolgedessen ein Erfolg zu verzeichnen, als einige Tabakfabrikanten ohne Ausstand sich zu einer Lohnhöhung bereit erklärt haben. Alles in allem genommen darf die dänische Arbeiterschaft den harten Kämpfen, die das Jahr 1895 zweifelsohne bringen wird, ruhig und im Bewußtsein ihrer erprobten Kraft entgegen-sehen. Die Unternehmer, die sich ausgeprochenermaßen zu einem kompakten Angriff auf die Arbeiterpositionen rüsten, werden geschlossene Reihen finden und der Plan, sämtliche Gewerkschaften des Landes zu einem festen, unzerstörbaren Bund zu vereinigen, wird durch diesen Zwang von außen nur um so schneller seiner Verwirklichung entgegengeführt werden.

Mit gleichem Eifer und mit schönen Erfolgen ist auch auf politischem Gebiet der Kampf geführt worden. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf es die Rechte, als bei den Januarwahlen die Socialdemokratie in mehrere Stadtvertretungen ihren siegreichen Einzug hielt und so die Ordnungsparteien auf einem Gebiet bedrohte, das bisher ihre eigenste und unbeschränkteste Domäne bildete. In nicht weniger als sechs Städten wurden socialdemokratische Re-präsentanten gewählt, in neun anderen wurden starke Minderheiten, die einen baldigen Sieg verbürgen, erreicht, und in vier Städten endlich versammelten immerhin die socialdemokratischen Kandidaten eine beträchtliche Stimmen-zahl auf sich. Selbst der berühmte „antikollektivistische Bauernschädel“ fängt an, sich den Ideen der Zeit zu öffnen, und alle, die noch an ihn als die letzte Rettung geglaubt haben, mag es mit Schmerz erfüllen, daß der große und starke dänische Landarbeiterbund sich offiziell der Social-demokratie angeschlossen hat und daß ferner bei den länd-lichen Gemeinderatswahlen unsere Genossen in 24 Kommunen ganz oder teilweise siegten.

Unser Bericht würde nicht vollständig sein, wenn wir das Urteil, das der oberste dänische Gerichtshof gegen ein Mitglied unserer Partei gefällt hat, mit Schweigen übergingen. Durch Aufdeckung der schmähligen Verhältnisse in Korsbros Arbeitsanstalt hatte sich der Redakteur Winblad ein Verdienst erworben und in der Folkethingssitzung vom 8. März fanden seine Beschwerden ihre offizielle Bestätigung.

## Seuilleton.

### Germinal.

Socialer Roman von Emile Zola.

Einzig berechtigte Uebersetzung von Ernst Siegler.

Aber Katharina hatte nie Ursache, sich über den Mieter zu beklagen; Stephan vermied selbst jeden zweideutigen Scherz; denn erstens waren die Eltern im Nebenzimmer, und dann empfand er überhaupt für sie ein eigenes Gefühl, aus Freundschaft gemischt und nachgetragener Groll, ein Gefühl, welches sie ihm nicht begehrenswert erscheinen ließ. Und so wurde ihr Zusammenleben nach und nach un-gezwungener; es war, als wenn Stephan zur Familie ge-hörte, und die einzige Konzeffion, die man dem Fremden machte, war, daß Katharina sich jetzt allein oben im Schlaf-zimmer badete, während die Männer sich einer nach dem anderen unten im Speisesaale wuschen. Schon nach einem Monate gaben Stephan und Käthe nicht mehr aufeinander acht, wenn sie abends, ehe das Licht ausgelöscht wurde, unbeskleidet durch das Zimmer gingen, und Käthchen hatte aufgehört, sich bei ihrer Toilette zu überhaften. Die Ge-wohnheit, verwickelte zwischen ihnen das Gefühl der Scham, und da sie nichts Böses thaten und die Nothwendigkeit sie zwang, in demselben Zimmer zu schlafen, erschien ihnen dies schließlich selbstverständlich und natürlich.

Nur zuweilen kamen den jungen Leuten, ohne daß sie es gewollt oder gesucht, andere Gedanken. Nachdem Stephan oft wochenlang keinen Blick auf Käthe geworfen, erschien diese ihm plötzlich wieder in ihrer milchfarbenen Reine;

dann packte ihn ein mächtiges Verlangen, und er mußte sich gewaltsam halten, um das Mädchen nicht in seine Arme zu schließen. Sie aber hatte zeitweise ein plötzliches Wiedererwachen des längst entschlummerten Schamgefühls und schlüpfte hastiger und ängstlicher in ihr Bett, als fürchte sie sich. Wenn dann aber das Licht ausgelöscht war, fühlten sie wohl beide, daß keines von ihnen schlief und jedes an das andere dachte. Und am nächsten Tage war es wie ein Schnollen zwischen ihnen, wie eine Verlegenheit und ein Mittsichselbstunzufriedensein, daß sie bei weitem jene Tage vorziehen ließ, wo sie unbefangen gewesen wie Kame-raden oder Geschwister.

Stephan beklagte sich nur über Jeanne, der krumm und zusammengezogen wie ein Flintenschloß lag. Nitze schlief mit leichtem, kaum hörbarem Atem; Leonore und Heinrich erwachten morgens, wie man sie abends nieder-gelegt: eins in den Armen des anderen. Aber Mahen und die Mahende erfüllten die Nacht mit ihrem lauten, regel-mäßigen Schnarchen wie zwei Schmiebedblasbälge. Im ganzen war der junge Mann glücklicher wie bei Masseneur; das Bett war nicht schlecht, und man wechselte alle vierzehn Tage die Leintücher; auch die Suppe war besser und nur eines hatte er auszusetzen: es gab zu selten Fleisch. Aber allerdings konnte er für seine fünfundsierzig Franken Pension keinen Kaninchenbraten verlangen, das wußte er sehr wohl. Dieses Geld war der Familie eine bedeutende Hilfe und bis auf einige kleine Schulden, die immer im Rückstande blieben, kam die Mahende ziemlich gut aus. Darum auch war sie ihrem Mieter erkenntlich; seine Wäsche wurde ihm ausgebeßert und gewaschen, die abgerissenen Knöpfe wurden angenäht und seine Sachen in Ordnung gehalten. Mit einem Worte, er empfand die freundliche Fürsorge einer Frau um sich herum.

Um diese Zeit begann Stephan die konfuse Ideen in seinem Kopfe zu klären. Bisher war es mehr das Auf-lehnen des Instinkts gewesen, das ihn in der gärenden Unzufriedenheit der Kameraden mit fortgerissen hatte. Aller-hand unbeantwortete Fragen hatten sein Hirn bestärkt. Warum das Elend der einen und der Reichtum der anderen? Warum diese unter der Abhängigkeit jener, ohne Hoffnung, auch einmal die Mächtigeren zu werden? Jetzt fing er damit an, seine Unwissenheit zu verstehen; er schämte sich ihrer und ein geheimer Kummer quälte ihn, denn er wagte nicht, über die Dinge zu reden, die ihn so leidenschaftlich bewegten, über die Gleichheit aller Menschen und die Ge-rechtigkeit, welche verlange, daß Geld und Gut gleich ver-theilt seien. Er fing an, mit Hefshunger zu studieren und zwar mit dem Mangel an Methode derer, die gar nichts wissen. Er führte eine ununterbrochene Korrespondenz mit Bluchart, der mehr gelernt hatte als er und in der socia-listischen Bewegung sehr unterrichtet war.

Er ließ sich Bücher senden, deren halb verstandene Bekütre ihn exaltierte. So besonders ein medizinisches Werk: Gesundheitslehre für den Bergmann, worin ein belgischer Arzt die Krankheitserscheinungen und Todesursachen in den Minen erörterte; dann Abhandlungen über National-ökonomie, die in ihrer technischen Dürre durchaus unver-ständlich für ihn; und anarchistische Broschüren, welche allerhand verworrene Vorstellungen in seiner Phantasi wachriefen.

Stephan las alle Zeitungsnummern und hielt die darin gefundenen Ansprüche für unwiderlegbare Argu-mente, deren er sich bei vorkommenden Diskussionen be-dienen konnte.

(Fortsetzung folgt)

Gericht und erleuchtet, wie die Justiz im Klassenstaat nun einmal ist, fand denn auch die Affaire ihre gerichtliche Sühne, und zwar bestand diese in 3 Monaten Gefängnis für — Windblad. Wir brauchen Namen gar nicht erst auszusprechen, und dieses Blatt brauchte nicht einmal in Sachen zu erscheinen, um in unseren Lesern verwandte Erinnerungen wachzurufen. Die liebe „Ordnung“ pfeift eben in allen Ländern nach demselben Text dieselbe Melodie; aber nachgerade — der Kriegsminister mag es glauben — werden ihnen die Noten wohl ausgehen, und sie werden sich bequemen müssen, Männern zu weichen, die bessere Musik machen und mehr Takt besitzen, als sie in ihren Leistungen offenbaren.

**Politische Uebersicht.**

Ueber das Ehescheidungsrecht des Entwurfs zum bürgerlichen Gesetzbuch finden wir beachtungswerte Bemerkungen in einem Artikel des Rechtsanwalts Dr. Ludw. Gold in der letzten Nummer des Socialpolitischen Centralblattes. Mit Recht bemängelt der Verfasser, daß der Entwurf in der Feststellung der Scheidungsgründe sich auf den sogen. Deliktsstandpunkt gestellt hat: mit Ausnahme dreijähriger, als unheilbar erkannter Geistesstörung kann nur im Falle eines schweren Verschuldens des einen Teiles, sei es Ehebruch, lebensgefährliche Nachstellung, grobe Mißhandlung oder schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten, ehelos und unsittliches Verhalten, auf Scheidung der Ehe erkannt werden. Die „grobe Mißhandlung“ legt bereits die Gefahr einer Klassenjustiz nahe: der bürgerliche Richter wird leicht geneigt sein, die Bäuerin oder Arbeiterfrau mit anderem Maße zu messen als die Gräfin oder Geheimrätigin, und so ist die Stellung der feiner empfindenden weiblichen Naturen der arbeitenden Klasse betrüblich geschädigt.

Das schlimmste aber ist das Fehlen des Grundes gegenseitiger unüberwindlicher Abneigung. Ob eine Scheidung von einem Teile gegen den Willen des anderen soll verlangt werden können, ist eine schwierige Frage. Spricht dafür die Rücksicht auf Erhaltung des Zwedes der Ehe, der auf innerer Gemeinschaft beruht, auf die Freiheit der Person, deren innerste Empfindungen nicht fort und fort durch ein äußeres Band gezwungen werden dürfen: so spricht dagegen die Rücksicht auf die notwendige Stetigkeit und Festigkeit eines Verhältnisses, das die Grundlage gesellschaftlichen Gemeinlebens bildet, die Anerkennung, daß eine für die Dauer übernommene Pflicht auch über die Dauer der eigenen Zustimmung hinaus bindet und ohne Einwilligung des anderen Berechtigten nicht lösbar sein soll. Darüber mag Streit herrschen. Nicht aber über die Frage, ob bei unüberwindlicher gegenseitiger Abneigung eine Ehe noch soll fortbauern dürfen.

Hier handelt es sich um den sittlichen Charakter der Ehe, der die leibliche und wirtschaftliche Gemeinschaft auf die geistige und gemüthliche Uebereinstimmung gründet, der verloren geht, wenn die Ehegatten sich völlig verständnislos oder gar feindselig gegenübersehen. Hier wird das Familienleben zerrüttet; die Kinder, ohne Liebe auferzogen, verwildern im Gemüth; selbst der wirtschaftliche Zweck der Ehe, der ein fröhliches Hand-in-handarbeiten der Ehegatten voraussetzt, wird verfehrt. Treibt hier nicht als Hilfsmittel die „böswillige“, in Wirklichkeit oft in Uebereinstimmung beider Teile ins Werk gesetzte Verlassung ein, die nach geraumer Zeit eine Scheidung ermöglicht, so dauert eine im innersten Kerne unwahr und unsittlich gewordene Ehe fort, zum Schaden der Ehegatten, der Kinder und der Gesellschaft.

Dazu kommt auch hier eine Benachtheiligung der besitzlosen Klassen. Wo das genügende Vermögen vorhanden ist, kann doppelter Haushalt geführt, können die Kinder in fremde Erziehung gegeben werden. Der Arbeiter, der Kleinbauer ist genötigt, so lange das äußere Band besteht, den gemeinsamen Haushalt, sei er noch so unerträglich, fortzuführen. Oder es tritt die gegenseitige Untreue ein, das Konkubinat neben der Ehe: ein Zustand, bei dem die Entwicklung der Kinder geradezu verwiltet wird.

Religiöse Bedenken, die von orthodoxer Seite für diese Erleichterung der Scheidung geltend gemacht werden, können nicht in Betracht kommen. Das alte Testament preist die Vielweiberei, und das neue verbietet sie nicht: bei uns ist sie verboten. Die katholische Kirche verwirft jede Ehescheidung wie auch die rein bürgerliche Trauung: bei uns sind beide vorhanden. Maßgebend muß sein das Bedürfnis der Gegenwart,

das Interesse einer besseren Zukunft. Beide wirken in der bezeichneten Richtung.

Festigkeit und Freiheit zu vereinigen, ist die Aufgabe, der eine zweimäßige Ehegesetzgebung zu schreiben muß. Erfüllt werden kann sie freilich erst in einer Ordnung, in der alle Teile gleich und frei sind, keine Schicht durch Not, keine durch Ueberfluß der Verwahrlosung anheimfällt.

Herr von der Gröben erklärt folgende Erklärung:

Es ist mir schon mitgeteilt worden, daß ein Privat-Brief, den ich an den Freiherrn von Mantuffel richtete, durch eine Indiskretion schlumfter Art in die Oeffentlichkeit gedrungen ist. In diesem Briefe habe ich mich gewisser Redewendungen in Bezug auf Se. Excellenz den Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Ostpreußen, Grafen zu Stolberg-Wernigerode, bedient, welche niemals in der Oeffentlichkeit Verwendung finden können. In einer persönlichen Aussprache mit Sr. Excellenz habe ich sofort diese Thatsachen hervorgehoben. Se. Excellenz ist der Ansicht, daß eine solche durch eine unqualifizierbare Indiskretion hervorgerufene Veröffentlichung privater Briefe keine Veranlassung zu persönlicher Gegnerschaft geben dürfte, während ich andererseits ausdrücklich erkläre, daß ich bedauere, wenn in meinem Briefe eine die Person Sr. Excellenz beleidigende Neuerung enthalten sein sollte.

Krenstein, den 11. Februar 1895.

von der Gröben-Krenstein.

Wir haben bereits Anlaß genommen, über die Gründe und die Art unserer Veröffentlichung uns zu äußern. Bemerkenswert ist, wie die Beteiligten das üble Licht, das in sachlicher Hinsicht daraus auf sie alle fällt, durch die Hervorhebung der formellen Seite zu verdunkeln suchen. Daß wir eine Verletzung der äußerlich zwischen den Abgeordneten bestehenden Kollegialität und des Hausfriedens nicht vermuten konnten — und andererseits uns der Veröffentlichung nicht unterzogen hätten, liegt auf der Hand, und wir erklären das nochmals. Aber Heuchelei ist die sittliche Enttäuschung, mit der die Herren von der Gröben und ihre politischen Freunde die formelle Seite in den Vordergrund zu schieben suchen. Haben sie doch die ihnen in die Hände gefallene Korrespondenz des Prinzen von Preußen seiner Zeit wacker ausgenützt, sind doch bei den verschiedensten Gelegenheiten, sogar von amtlicher Stelle, reine Privatbriefe von „Reichsfeinden“ aller Art veröffentlicht worden.

Also nur keine unangebrachte sittliche Entrüstung! Daß die Bloßlegung so wunder Stellen, wie der Brief sie aufdeckt, schmerzt, ist begreiflich. Da giebt es nur ein Mittel: keine Geheimnisse haben, die das Licht der Oeffentlichkeit scheuen!

**Deutsches Reich.**

**\* Berlin, 14. Februar.** Zur Geschichte der kaiserlichen Erlasse aus dem Februar 1890 wird jetzt durch die dem Fürsten Bismarck befreundeten Organe noch allerlei näheres bekannt. Danach hatten, wie wir der freisinnigen Zeitung entnehmen, am 10. und 12. Januar 1890 der Minister v. Boetticher und Abgeordneter Freiherr v. Etumum dem Kanzler in Friedrichsruh die erste überraschende Mitteilung über die Pläne des Kaisers gemacht. Fürst Bismarck berief deshalb den Grafen Herbert umgehend nach Friedrichsruh und traf am 24. Januar in Berlin ein. Am Abend fand ein Kronrat statt. Fürst Bismarck widersprach in diesem Kronrat den Absichten des Monarchen und reichte zugleich seine Entlassung als Handelsminister ein. Am 31. Januar erfolgte auf Vorschlag des Fürsten Bismarck die Ernennung des Freiherrn v. Werlesch zum Handelsminister. Der Kaiser wollte die Erlasse schon am 27. Januar veröffentlichen; der Widerspruch des Fürsten Bismarck aber verzögerte die Veröffentlichung. Am 3. Februar nachmittags folgte dann die Konferenz des Kaisers mit dem Fürsten Bismarck, in welcher der letztere die fertiggestellten Erlasse zur Unterschrift vorlegte mit der Bitte, sie lieber in das Kammerarchiv zu werfen, da von ihnen Segen nicht zu erwarten sei. Die Unterschrift des Fürsten Bismarck fehlt bekanntlich bei dem Erlaß, ebenso die Unterschrift irgend eines anderen Ministers.

Aus der Reihenfolge der Initiativanträge werden nach den Vereinbarungen im Seniorenkongreß demnächst zur Verhandlung im Reichstag gelangen: der konservative Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs gegen die Einwanderung der Juden, der Centrumsantrag, betr. die gewerblichen Verhältnisse der Arbeiterinnen sowie der Arbeiter, der Antrag der Freisinnigen Vereinigung, betr. die Einführung der Wahlcouverts, der Antrag der Freisinnigen Volkspartei, betr. die Rechtsverhältnisse der in Haus- und Landwirtschaft beschäftigten Personen, der socialdemokratische Antrag, betr. das Recht der Versammlungen und

Vereinigungen und das Recht der Koalition, der nationalliberale Antrag, betr. die Kündigung des Handelsvertrags mit Argentinien. — Der Vortrag des Kaisers in der Kriegsakademie über die Notwendigkeit des Zusammenwirkens von Heer und Flotte wird, entgegen der Mitteilung einiger Blätter, nicht im Druck erscheinen, „da er nur für Fachkreise bestimmt war“. Wie aber kamen diese Blätter zu ihrer irrigen Meinung? Jedenfalls wird durch die Nichtveröffentlichung auch die öffentliche Kritik ferngehalten. —

Die Wahrheitsliebe Stöckers hat wieder einmal nicht die Probe bestanden. Dieser Tage sprach Stöcker vor seinen Christlich-Socialen und erzählte, er habe einmal mit vier socialdemokratischen Abgeordneten darüber gesprochen, ob er nicht seinen Christlich-Socialen bei den Wahlen nicht mit den Socialdemokraten zusammenschließen könnte; drei der socialdemokratischen Abgeordneten seien nicht abgeneigt gewesen, auf den Vorschlag einzugehen, nur an Singers Widerspruch sei die Sache gescheitert. — Der wirkliche Sachverhalt ist aber, wie der Vorwärts aus bester Quelle mitteilt, folgender gewesen: 1891 bei den engeren Wahlen zum Reichstag stand im vierten Berliner Wahlkreis Bebel und im sechsten Hasenclever gegen einen fortschrittlichen Kandidaten in der engeren Wahl, während im zweiten Wahlkreis Stöcker gegen Birchow in engerer Wahl stand. Stöcker und seine Freunde erklärten sich nun bereit, für den socialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, falls die letzteren die Erklärung abgaben, daß der socialdemokratischen Partei alle revolutionären Bestrebungen fern lägen und sie sich auf den Boden der Socialreform stellten. Wenn dies geschehe, versprach man sogar, für die Aufhebung des Socialistengesetzes zu wirken. Von den damals maßgebenden Berliner Genossen wurde dies Entgegenkommen abgewiesen. Es wurden dann noch Bebel, Liebknecht und Hasenclever um ihre Ansicht ersucht, deren Antwort aber auch eine scharf ablehnende war. —

In einem Vortragsartikel: Manchesterlehre und Bundschuhprogramm beschäftigt sich die Staatsbürgerzeitung mit dem Programm A. Schwärds und seiner Absicht, eine neue Partei zu gründen. Am Schluß des Artikels sagt das Blatt: „Von all den verunglückten Versuchen, den Antisemitismus an eine der alten Parteien anzuhängen, ist dieser neueste des Herrn A. Schwärd der unglücklichste und unbegreiflichste.“ — Natürlich. Wer in dem Antisemitismus die Ausbeutung verteidigt und nur einen unbehaglichen Konkurrenten in der Ausbeutung besitzigen will, wird wenig Freude an denen haben, die als Ziel ihres Antisemitismus die Beseitigung der Ausbeutung setzen. Und das thut A. Schwärd und Bodel, seien ihre Mittel noch so unklar und ihre Persönlichkeiten noch so unpassend zu diesem Zwecke. —

Eine Duellforderung des Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg gegen Dr. Bödel hat, wie die Staatsbürger Zeitung richtig stellt, nicht stattgefunden.

Für die Reichstagsersatzwahl in Ost-Loth- und Sohannisburg ist als socialdemokratischer Kandidat Gutsbesitzer Ehardt aufgestellt. Kandidat der liberalen Wähler ist Hofbesitzer Dau-Hohenstein in Westpreußen.

Im Wahlkreise Vennepe-Remscheid-Nettmann haben die deutschnationale Partei, die deutschkonservative Partei und der Bund der Landwirte in einer Besprechung, die in Böhwinkel stattfand, beschlossen, für die bevorstehende Reichstagsneuwahl einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen.

Die Einführung einer neuen Einkommensteuer in Württemberg wird in einem Artikel des Württemb. Staatsanzeigers angekündigt und zwar mit Rücksicht darauf, daß alle Parteiprogramme eine progressive Einkommensteuer verlangen. Es wird zugegeben, daß bei den bisherigen Ertragsteuern die individuellen Verhältnisse und die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen sowie etwaige Passivschulden nicht berücksichtigt seien.

Wie man patriotische Stimmung in Elsaß-Lothringen macht, davon giebt ein der Verl. Volksz. zugegangener Brief treffliche Aufklärung. Es heißt da:

Am Abend des Kaisers-Geurtstages 1880 wanderte ich durch die Gassen eines lothringischen Landstädtchens. Ich war erstaunt über diese gänzlich unerwartete Fülle von Licht und Flaggen, am meisten aber darüber, daß auch solche Häuser, in denen ich noch mit Leib und Seele an Frankreich hängende Leute wußte, keine Ausnahme machten. In eines dieser Häuser tretend, in dem ich geschäftlich oft verkehrt hatte, fand ich Mann und Frau in Tränen. Bestürzt über mein Erscheinen, stammelten sie einige Worte der Entschuldigung, und Madame sagte in bittem Ton: „Nicht wahr, Sie sind uns doch nicht böse, weil wir über die

**Kleine Chronik.**

Leipzig, 14. Februar.

**Leipziger Theater.** Neues Theater, 13. Februar. Die Direktion des Stadttheaters beging den Todestag Richard Wagners (13. Febr.) in würdiger Weise durch eine Aufführung des Siegfried, der auf unserem Repertoire leider nur zu selten erscheint. Bis auf die Hauptrolle fehlt es uns ja nicht an geeigneten Vertretern für dieses Werk, die Partie des Siegfried allein ist es, die der Direktion Verlegenheit bereitet und sie schließlich zwingt, das fragwürdige Experiment zu wagen, diese Heldenrolle par excellence einem kypriischen Spieltenor zu überweisen. Daß Herr Merkel solchen Aufgaben nicht gewachsen sein kann, braucht wohl kaum erwähnt zu werden, indessen fällt jeder Vorwurf einzig und allein auf die Direktion zurück, die einem Sänger zumutet, unmögliches zu ermöglichen und die Schranken seiner Befähigung zu erweitern. Die Partie des Siegfried ist vielleicht die größte und anstrengendste, die je geschrieben wurde, Herr Merkel ermatete denn auch sichtlich und fiel in dem unvergleichlich großartigen Duett des 3. Actes gegen den siegreichen Sopran der Frau Doyat (Brünnhilde) gänzlich ab. Schauspielerei war vieles gezwungen; wo blieb im ersten Acte die urwüthliche Frische und natürliche Lebhaftigkeit des hertzigen Burchen, wo im Finale des 3. Actes die naive Neugier bei Entdeckung des weiblichen Wesens. Ueberhaupt muß die Figur des Siegfried eine sonnige Heiterkeit umgeben, das ehrliche offene Wesen dieses Naturmenschen verträgt eine geradezu naturkräftige Behandlung.

Der Mime des Herrn Marion ist gewissermaßen berührt geworden und das mit Recht, denn abgesehen von einigen komischen Uebertreibungen im Spiel, können wir uns diese ausgefuchste schwitzige Partie kaum besser verkörpert denken, als dies durch Herrn Marion geschieht. Herr Demuth, als Wanderer, strich etwas zu sehr den Lyriker heraus, zu unangenehm der dramatischen Stellen. Trefflich waren Herr Schelper (Alberich), Fr. Bauer (Erda) und Herr Redel (Häner), wogegen wir die Partie des Walvogels statt von Fr. Merck lieber von Frau Baumann gesungen gehört hätten; Fr. Merck sang merkwürdig unrein und nahm das hohe a so gewaltig, das wir ihre sonst so jugendliche Stimme kaum wiedererkennen; hier lag wohl Substanzion vor?

Wenn im Orchester auch so manches kleine Versehen passierte

(zu zeitige Einsätze u. s. w.), so muß doch Herrn Kapellmeister Bangner für die hochbedeutende Gesamtleistung gedankt werden. Auch die stimmungsvolle, farbenprächtige Scenerie verdient Anerkennung, selbst der Lindwurm, dieses so heikle technische Problem, das selbst in Bayreuth noch immer einen, den ästhetischen Sinn wohl befriedigenden Lösung hat, gefährdete nicht allzusehr die Illusion, nur sollte man, wie dies auch Holzogen wünscht, die Höhle des Drachen dunkel lassen, um so den Körper des Tieres den Blicken der Zuschauer möglichst zu entziehen.

B. S.

**Halle a. S., 14. Februar.** Die Direktion des Nationaltheaters beachtete Gerhard Hauptmanns Drama: Die Weber zur Auf- führung zu bringen. Die Polizeibehörde verbot aber die Auf- führung.

Das 60 jährige Doktorjubiläum beging kürzlich Heinrich Dänker in Köln, der namentlich durch seine Schriften über Goethe bekannt geworden ist. Der Jubilar erwarb seinen Dokortitel im Jahre 1835 an der Universität Berlin. Er hat die deutschen Klaffen mit einer wahrhaft alexandrinischen Gelehrsamkeit erläutert, freilich über den Kleinigkeiten und dem Stoffe nicht selten den Geist und die Schönheit vernachlässigt.

**Frau v. Nied.** Prof. Dr. Franz v. Nied in Jena, der älteste deutsche Chirurg, beging am 11. Februar seinen 85. Geburtstag.

**Die Liebestragödie einer Greisin.** Aus dem Kraber Komitee wird dem Bester Lloyd folgender Vorfall gemeldet: In den Dörschen Dötsch lebte eine 67 jährige Greisin, die Witwe Frau Antonie Mutschel. Ihr bedeutendes Vermögen gestattete ihr, eine Enkelin, die in ihrem Hause aufwuchs, gut zu erziehen, und nichts hätte ihren Lebensabend getrübt, wäre nicht ein hübscher, 24 jähriger Burche im Hause erschienen, der sich um die Enkelin der Witwe Mutschel bewarb. Diese selbst entbrannte in Liebe zu dem jungen Manne. Sie wollte ihm ihr ganzes Vermögen hinterlassen, wenn er sich entschließen wolle, ihr Gatte zu werden. Allein selbst die Aussicht auf Reichtum bewog den Jüngling nicht, seinem Mädchen antreu zu werden, und am verfluchten Sonnabend führte er die Auserkorene zum Altar. Während der Geistes das junge Paar segnete, hörte man in der Kirche einen dumpfen Fall. Die Großmutter der Braut war beunruhigt zu Boden gestürzt. Sie hatte während des Trauungsaktes Gift genommen.

**Der Kälberprozeß.** Aus Mauerly (Jowa) wird der Frankf. Zeitung berichtet: Das oberste Gericht des Staates Jowa hat jetzt das Endurteil in dem seit dem Jahre 1874 anhängigen Prozesse gefällt. Bei diesem in den Gerichtsbannalen der Vereinigten Staaten berühmten und unter dem Namen „Kälberprozeß“ bekannt gewordenen Rechtsstreit handelte es sich ursprünglich um vier Kälber, die ein gewisser Johnson, ein wohlhabender Farmer, gestohlen haben sollte. Der Diebstahlprozeß gegen Johnson kam dreimal zur Verhandlung, endigte zweimal mit Miteinigung der Geschworenen, das dritte Mal mit Freisprechung. Freilich hatte das Prozeßstücken den armen Johnson inzwischen bankrott gemacht. Nun nach seiner Freisprechung drehte er den Spieß um und verlangte seine Ankläger wegen böswilliger Verfolgung auf 10 000 Dollar Schadenersatz. Das erste Mal wurden ihm 8000, das zweite Mal 7500 zugesprochen, aber beide Urteile wurden wieder umgestoßen, und endlich erkrift Johnson ein Urteil, das ihm tausend Dollar zusprach. Damit war indessen der Prozeß noch nicht zu Ende, denn nun stritt man weiter um die Prozeßkosten. Jetzt endlich ist der Streit dahin entschieden, daß die Gegner Johnsons alle Prozeßkosten zu zahlen haben. Das bedeutet aber den Bankrott der Verurteilten. So ist denn das Resultat des zwanzigjährigen Prozesses der finanzielle Ruin aller daran Beteiligten. Nur für die Advokaten ist er ein Fressen gewesen.

**Humoristisches.**

Uebertrumpft. Erster Zeitungsverleger: „Mein Redakteur schreibt so famos, daß wir alle Tage neue Abonnement bekommen.“ Zweiter Zeitungsverleger: „Das ist noch gar nichts. Mein Redakteur schreibt so glänzende Artikel, daß sie der Seher nur im Dunkeln sehen kann!“

Klara (heißt): „Bunte Schmetterlinge durchfliegen die Luft und küssen... (Rosk) ... aufblühenden Blumen den Tau aus den büstigen Kelchen.“ — Lehrerin: „Anna, lieh Du einmal die Stelle!“ (Anna lieh den Sah richtig). — Lehrerin: „Was hat die Klara falsch gemacht, Anna?“ — „Sie hat bei „küssen“ AW gehalten, und das sollen wir nicht.“

Kindermund. Mama zur Nachbarin: „Meine Gasse ist ein geschicktes Kind, sie holt alles beim Krämer und hat noch keinen Feinmig verloren.“ — Gasse: „Er will aber nicht mehr borgen. Mama, bis alles, was ich geholt habe, bezahlt ist.“

selbstame Lage empört sind? Ich erfuhr dann, daß der Bürgermeister von Haus zu Haus gegangen war, um mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln das Schmutzen der Häuser durchzuführen, und in einigen Fällen sogar persönlich Flaggen in die Häuser getragen und ausgelegt hatte. Ähnliche Fälle könnte ich noch in größerer Zahl anführen.

Ähnliches ist uns gelegentlich der Manöver von 1893, bei denen die ganze bürgerliche Presse über die plötzlich erwachte „Kaiserfreude“ der Entschiedensten jubelte, bekannt geworden. — Bajonnette haben ihren Wert, sitzen aber kann man nicht darauf, auch keine Liebe damit erwecken.

**Hamburg, 13. Februar.** Dem Kassenan des Straßjustiz-Gebäudes ist von dem Chef der Justizverwaltung, Senator Dr. Herz, eine Verfügung zugegangen, nach der er dafür zu sorgen hat, daß außer amtlichen Zeitungen den im Straßjustizgebäude beschäftigten Beamten keine Zeitungen dorthin geliefert werden. Bisher erhielten viele Beamte Exemplare der sämtlichen hier erscheinenden Zeitungen durch Colporteur nach dem Justizgebäude geliefert. Da werden die Kassen vom Drachengiste unverfehrt bleiben. Oder auch nicht. —

**Oesterreich-Ungarn.**

**Wien, 13. Februar.** Der Vorarlberger Landtag ist umgefallen wie ein Kartenhaus. Zu Mittag wurde die Ablehnung der Wehrvorlage noch für sicher gehalten, am Abend wurde sie mit Zweidrittelmajorität angenommen. Damit ist der erste schlichte Versuch bürgerlicher Widerstandes gegen den Militarismus mißglückt und die Erbärmlichkeit des bürgerlichen Parlamentarismus befestigt worden. Welchen Preis die Regierung der Herrschaftsmajorität für ihren plötzlich wiedererwachten „Patriotismus“ gezahlt hat, wird die Folge lehren. — Im niederösterreichischen Landtage findet eine Debatte über die Aenderung der Wahlordnung statt. Durch die Vereinigung Wiens mit den Vorstädten hat sich die Notwendigkeit einer Wahlreform ergeben; da die Geschäftsordnung die Anwesenheit von drei Vierteln der Landboten verlangt, hat die antisemitische Partei im Verein mit den Vertretern der Landgemeinden die Macht, jede Wahlordnungsänderung unmöglich zu machen. Die liberale Majorität im Verein mit den Großgrundbesitzern schlägt nun eine „Wahlreform“ vor, wonach der Großgrundbesitz, dessen 219 Mitglieder ohnehin schon 15 Mandate haben, noch ein sechzehntes bekommen und auf den ersten Wiener Bezirk, den Sitz des Großkapitals, statt der bisherigen vier Sitze sechs entfallen sollen. Mit Recht wenden sich die Antisemiten gegen diese Bestimmungen. In der Debatte trat in erfreulicher Weise zu Tage, daß die Bauern das Privileg der Großgrundbesitzer bereits bitter empfinden. Aber derselbe Bauernvertreter, der in schäfflicher Weise die Ungerechtigkeiten der heutigen Wahlordnung gegenüber den kleinen Steuerträgern bekämpfte, sprach sich gegen das Wahlrecht der Arbeiter aus, als ob nicht die Benachteiligung der kleinen Leute auf demselben Boden beruhte, wie die Wahlrechtslosigkeit der Mehrzahl des Volkes. Es ist zweifellos, daß die Wahlreform im niederösterreichischen Landtag verteidigt werden wird; dann tritt aber der nächste Landtag auf ungefährlcher Grundlage zusammen. Uns kann es recht sein. — Der Nachoder Anarchistenprozess endete also mit der Verurteilung des Hauptangeklagten Wolf zu sieben Jahren schweren Kerkers und eines Angeklagten wegen „Geheimbündelei“ zu drei Wochen Arrest. Die Geschworenen sprachen die anderen Beschuldigten frei. Der „Geheimbund“ bestand demnach aus zwei Mitgliedern; nein, noch ein dritter war dabei, einer jener dritten, die sich freuen, wenn der Staatsanwalt den Staat rettet. Der Angeklagte Wolf stellte zum Schluß richtig, daß er die „Bombe“ von einer Person erhalten habe, deren Namen er nicht nennen wolle; dieselbe Person habe den „Geheimbund“, der unter dem Namen „Schwarze Hand“ bestand, umgelaufen in „Die Hölle“. „Die Hölle“ klingt in staatsanwaltschaftlichen und richterlichen Ohren allerdings viel gefährlicher als „Schwarze Hand“.

**Schweiz.**

**Zürich, 12. Februar.** Die „Anarchistenauweisungen“, durch die Herr Bundesanwalt Scherb die Eidgenossenschaft reiten zu müssen glaubte, wirbeln immer noch Staub auf. Das bundesanwaltschaftliche Hoforgan, der Berner Bund, sucht sie zu rechtfertigen. Aber wie? Er behauptet, daß die Leute in Lugano Sachen getrieben hätten, die man selbst Schweizern nicht ungestraft hätte treiben lassen, daß sie eine bürgerliche Tätigkeit nicht gehabt hätten u. Wohlverstanden: behauptet. Auch nur eines der Delikte anzugeben, deren sich die Ausgewiesenen schuldig gemacht haben sollen, fällt dem Blatte nicht ein — Thatfachen lassen sich eben nicht so aus den Fingern saugen wie Behauptungen. Bezeichnend für die Gewissenhaftigkeit des Bundesanwalts ist es, daß zwei der ausgewiesenen „Anarchisten“ sich als Socialisten bekannt haben, und daß der Luganeser Gemeinderat Beschwerde gegen ihre Ausweisung erhoben hat. Komisch wirkt es, wenn der Bund in seinem blinden Eifer behauptet, daß die Leute nicht deshalb seien ausgewiesen worden, weil sie „Anarchisten“ sind, daß der „gefährlichste Anarchist“ ohne Gefahr in der Schweiz sich aufhalten könne, wo doch dem Organ der Herren Ruffy und Scherb bekannt sein muß, daß sowohl in Genf als in Basel Leute ausgewiesen wurden bloß deshalb, weil sie offen sich zur „anarchistischen Partei“ bekannt hatten. Solange der Herr Bundesanwalt nicht Thatfachen angiebt, die die drakonische Maßregel gegen die Leute rechtfertigen, ist man berechtigt, jede Zurückweisung des Verdachtes, als ob hinter der ganzen Geschichte der italienische Ministerpräsident Crispi Stele, als eitel Geflüster zu bezeichnen. — Bekanntlich that der Züricher Stadtrat sich viel zu gute darauf, daß er 5000 Franken für Arbeitslosenunterstützung bewilligt hat. „Nur kommt das „fromme“ Basel und beschämt das socialpolitische „fortgeschrittene“ Zürich dadurch, daß es auf Antrag unseres Genossen Wullschlegler (der von dem katolisch-socialen Dr. Feigenwinter unterstützt wurde) einen Kredit von 8000 Franken für Arbeitslosenunterstützung bewilligte. Und das gegenüber dem Regierungsantrag, nur 5000 Franken zu bewilligen, und die Unterstützung auf die Bauhandwerker zu beschränken. Möchten sich die Züricher stadträtlichen Socialpolitiker ein Beispiel an ihren Baseler Kollegen nehmen.

**Franreich.**

**Paris, 12. Februar.** Im Ministerrate teilten heute der Justiz- und der Handelsminister mit, daß sie im Laufe der Woche mit der Kommission des Senats konferieren würden, die mit der Prüfung der Vorlage über die Verantwortlichkeit bei Unfällen beauftragt ist. Der Sigaro äußert sich sehr sympathisch über die Erkundigung des deutschen Kaisers nach dem Schicksal der Wascoane. Er meint, vielleicht bedürfte es nicht vieler Kund-

gebungen wie diese, um zu dem Resultate zu gelangen, daß die Diplomatie nicht zu erreichen vermag, nämlich die aus Ränken, Mißverständnissen und Rivalität erbaute eherner Mauer niederzureißen, die seit 1871 zwischen den beiden Nationen emporragt. Wer dem Mitleid zugänglich sei, der habe auch auf Gerechtigkeit Anspruch. — Ja, wenn nicht auf beiden Seiten der Vogesen zu viel Interesse, zu viel Unverstand und Niedertraut dem Völkerverfrieden im Wege ständen.

**Großbritannien.**

**London, 12. Februar.** Wird das Ministerium im Laufe der Session einen ernstlichen Versuch machen, für die Abgeordneten Diäten zu erlangen? Die Beantwortung dieser Frage ist um so wichtiger für das Volk, als eine bedeutende Vermehrung der direkten Arbeitervertretung im Unterhaus in Aussicht steht. Die liberale Partei hat die Bezahlung der Abgeordneten als eine notwendige Maßregel auf ihr Programm gesetzt. Im Unterhaus selbst ist eine bezügliche Resolution mit bedeutender Mehrheit angenommen, seit Lord Rosebery aus Ruder trat. Sir William Harcourt hat diese Resolution mit einer klaren Rede unterstützt und auch dafür gestimmt. Dasselbe haben noch andere Minister mit Kabinettsrang gethan. Und nun geht die Sage von Mund zu Mund, daß es den Ministern mit der Diätenzahlung nicht Ernst sei. Alles hängt von einer Stelle in einer Rede ab, die Lord Rosebery vor ein paar Wochen in Cardiff gehalten hat. Damals betonte der Premier, es sei eine Schande, daß man es den Vertretern des Arbeiterstandes weder leichter noch billiger gemacht habe, ins Unterhaus zu gelangen, nachdem man das Stimmrecht demokratisiert habe. Deutlich sind die Worte des Premiers allerdings nicht. Ein hervorragendes liberales Organ behauptet, er habe bloß damit gemeint, daß man den Abgeordneten die hohen Wahlkosten abnehmen solle. Von einer Bezahlung sei gar nicht die Rede gewesen. Nun hat Lord Rosebery in der genannten Rede den Wunsch der liberalen Partei betont, mehr Vertreter des Arbeiterstandes im Parlament zu sehen. Ohne eine Bezahlung derselben durch den Staat ist aber eine Konmode, eine Vermehrung zu wünschen, deren Unkosten auf Schultern des Arbeitmannes fallen müßten. Es ist ein öffentliches Geheimnis, wie schwer es hält, die paar hundert Pfund zusammenzutreiben, die John Burns als Abgeordneter und Mitglied des Londoner Grafschaftsrates zum Lebensunterhalt nötig hat. Die Unkosten der Wahl sollte die Wahlgemeinde tragen, nicht der Kandidat, und diese Neuerung wird von niemand beanstandet. Die Bezahlung der Abgeordneten jedoch sollte aus Staatsmitteln geschehen, um die Unabhängigkeit der Volksvertreter zu sichern. Es ist dies eine Reform, die lediglich das Unterhaus angeht; in finanzielle Angelegenheiten hat das Haus der Lords nicht das Recht sich zu mischen. Und zwar sollte das diesjährige Budget bereits für die Bezahlung der Abgeordneten die Mittel schaffen. Das ist eine weit wichtigere Ausgabe, als die Erbauung neuer Eisenbahnen. Die von der Deputation der Gewervereine als zum Unterhalt eines Abgeordneten notwendig betrachtete Summe — 6000 Mk. — ist gering genug. Die Volksvertretung hat im Vorjahr mit der Erhöhung der Erbssteuer und der Einkommensteuer dem Minister bedeutende Geldmittel an die Hand gegeben. Die Drahtzieher der liberalen Partei wissen gar wohl, daß sie ohne eine herzliche Unterstützung der städtischen Arbeiter auf eine Majorität bei den Generalwahlen nicht rechnen können. Nichts wird jedoch in Arbeiterkreisen eine tiefere Verstimmung hervorrufen, als wenn dieses Jahr von dem Schatzkanzler kein Versuch gemacht wird, durch Anweisung von Diäten den Arbeitervertretern den Eintritt in die Volksvertretung zu erleichtern.

**Gemeinde-Zeitung.**

Aus dem Stadtverordnetensaale.

(Sitzung vom 13. Februar.)

Als erster Punkt der Tagesordnung kommt der gemäß des nunmehr beschlossenen Neumarkt-Durchbruches abgeänderte Vertragentwurf über den Bau und Betrieb einer elektrischen Straßenbahn zur Verhandlung. Zu der Weiterführung der Fahrstraße des Neumarktes durch die Promenade hat nach dem neuen Vertrage die elektrische Straßenbahngesellschaft einen Beitrag von 30000 Mk. beizusteuern. Der Rat bedauert in einem Begleitschreiben, daß er durch den früheren Beschluß der Stadtverordneten gezwungen worden sei, dem Neumarkt-Durchbruch zuzustimmen, wollte er anders nicht die Ausführung der elektrischen Straßenbahn auf längere Zeit hinauschieben. Er habe deshalb die Angelegenheit nicht zu einem Differenzfall machen wollen. Voraussetzung sei dabei immer noch, daß die Stadtverordneten ihre Zustimmung dazu geben, daß die elektrische Bahn ihren Weg entlang der Ostseite des Königsplatzes und nicht etwa durch die Markthallenstraße nehme. Ueber die Herstellung der Fahrstraße vom Neumarkt durch die Promenade wird noch besondere Vorlage gemacht werden. — Das Kollegium giebt zu dem abgeänderten Vertragentwurf einstimmig seine Genehmigung.

Eine andere Ratsvorlage betrifft die Aenderung des Regulatorivs für die Hebammenunterstützungskasse und ein Ortsstatut für die Unterstützung pensionierter Hebammen. Die Ratsvorlage will die Hebammen abweichend von dem jetzigen Zustande von jeder Beitragszahlung (bisher 50 Pfg. pro Entscheidung) befreien. Der Ausschuss wünscht, daß die Beitragspflicht der Hebammen, wenn auch in geringerem Maße als bisher, bestehen bleibt. Auch soll aus der Pensionstasse zugleich Krankenunterstützung an die Hebammen gezahlt werden. Der Ausschuss lehnte deshalb die Ratsvorlage ab und ersuchte um eine neue, seinen Wünschen angepaßte Vorlage. — Stadtrat Schmidt hält das bisherige Verfahren der Beitragshebung für ein ziemlich rohes, über das fortdauernd Klage geführt worden sei, wenn davon auch in den Ratsakten nichts zu finden sei. In anderen sächsischen Städten seien die Hebammen auch von der Beitragszahlung befreit. — Der Ausschussantrag wurde nach längerer Debatte, an der sich namentlich Prof. Bücher beteiligte, einstimmig angenommen, die Ratsvorlage also abgelehnt.

Der bisherige von der Stadt an den Leipziger Geflügelzüchterverein für Ehrenpreise gezahlte Beitrag war in Gemäßheit eines früheren Beschlusses der Stadtverordneten aus dem diesjährigen Etat in Wegfall gekommen. Der genannte Verein rekonstruierte hiergegen und bat nun um jährlich 200 Mark, worauf der Rat die früheren 100 Mk. wieder herstellte. Der Finanzausschuss empfahl aber mit 4 gegen 3 Stimmen die Ablehnung der Vorlage. Prof. Bücher trat für die Bewilligung von 100 Mk., Stadtv. Fell gegen dieselbe ein. Der Ausschussantrag, der sich für Ablehnung aussprach, wurde aber mit 33 gegen 25 Stimmen verworfen und die 100 Mk. pro Jahr bewilligt.

Der Rat hat beschlossen, der Handelskammer zwecks Förderung der Messen einen Beitrag von 10 000 Mk. und zur Deckung der bis jetzt erwachsenen Mehrausgaben einen solchen von 5000 Mk. außerordentlich zu gewähren. Der Messenausschuss der Handelskammer hat bis jetzt 37 465 Mk. verausgabt, zu welcher Summe die Stadt 20 681 Mk., die Handelskammer 10 770 Mk. beitrug. Da ca. 1000 Mk. auf andere Weise aufgebracht wurden, würden mit den von der Stadt noch zu bewilligenden 5000 Mk. die bisherigen Kosten gedeckt sein. Der Betrag von 10 000 Mk. ist für die fernere Agitation bestimmt, die um so notwendiger sind, als die Konkurrenz der Berliner sich neuerdings wieder mehr geltend macht. Der Finanzausschuss ist für die Bewilligung der obigen Beträge. — Stadtv. Fell (Soc.) hätte eine spezialisierte Aufstellung über die Verwendung des Geldes gewünscht. Er könne es z. B. nicht billigen, wenn damit etwa auch die Zeitschrift des Messenausschusses der Handelskammer unterhalten würde, da diese Zeitschrift zur Hebung der Messe nichts beizutragen vermöge. Redner wünscht eine Erleichterung der Meldevorschriften für die Messrenden und hält es für notwendig, daß auf die Beschaffung kleiner Lokale für die Messmusterlager, die jetzt in den Hausfluren anzutreffen seien, Bedacht genommen wird. Im allgemeinen sei er mit der Bewilligung einverstanden. — Stadtv. Rudolph meint, es sei im Interesse der kleinen Messrenden selbst gelegen, wenn sie in den Hausfluren verbleiben könnten. — Stadtv. Ad. tritt für die Beschaffung kleiner Messmusterbazare ein. Für die großen Wiener u. a. Firmen werde im Messpalast im alten Gewandhaus gefordert. Kleinere Firmen hätten bisher privat für einen Quadratmeter Raum bis zu 100 Mk. und mehr erlegen müssen. — Stadtv. Fell bemerkt gegen Stadtv. Rudolph, daß die Stände in den Hausfluren nur wegen der billigeren Mietpreise genommen würden. Weise man den kleinen Händler anderwärts einen billigen Platz an, so würde er froh sein, aus dem zügigen Hausflur zu kommen. — Stadtv. Blüthner erklärt, daß die großen Kosten des Messausflusses namentlich durch den vorher bestandenen Mangel statistischer Nachweise verursacht worden seien. Der Messauschuss könne übrigens nicht die Preise für Mietlokale vorschreiben, diese würden aber infolge der Vermehrung der Musterlagerlokale fallen. — Die Ratsvorlage wurde darauf einstimmig angenommen, die geforderten Gelder also bewilligt.

Es folgt die Beratung des Contos 1 des Haushaltsplanes für 1895, Ratsstube. Der Rat geht mit der Absicht um, eine Reihe von Hilfsarbeiterstellen ständig zu machen. Ist auch der Ausschuss im Prinzip auf diesen Gedanken eingegangen, so will er zweifellos doch nicht in dem eingeschlagenen Tempo folgen. Er hat deshalb eine Reihe Abstriche vorgenommen, auch bei sachlichen Ausgaben sind Abstriche erfolgt. Auffälliger oder auch nicht auffälligerweise lehnt es der Ausschuss ab, beim statistischen Amt und bei der Wahlgeschäftsstelle, die auch die Gesuche um Erteilung der Staatsangehörigkeit und des Bürgerrechts zu bearbeiten hat, neue ständige Stellen zu etablieren.

Seitens der Stadt. Pinkau und Ad. (Soc.) wurde das Verhalten des Rates in puncto Bürgerrecht einer glimpflichen Kritik unterzogen, trotzdem unterbrach der Vorsteher den Stadtv. Ad. mit der Aufforderung, daß er „versteckte Anspielungen“ nicht zulassen könne. Der Redner sollte deutlich sagen, was er meine. (Wir behalten uns vor, auf den Zwischenfall morgen zurückzukommen.) — Das Conto wurde nach den Anträgen des Ausschusses genehmigt.

**Aus der Partei.**

**Warnung!** Vor einem Schwindler, der sich als der in Turin verurteilte italienische Genosse Treves vorstellt und mit einer Nummer des Secolo und einem Passe auf den Namen Treves ausgerüstet, Unterstützung angeblich zur Reise nach Berlin erbittet, seien die Parteigenossen gewarnt. Der wirkliche Genosse Treves ist seit längerer Zeit in Berlin. Er ist 28 Jahre alt, der falsche, der italienisch, französisch und gebrochen deutsch spricht, ca. 50 Jahre.

**Summarische Behandlung.** Der Gemeindevorsteher vom Salke verbot das angemeldete Vergnügen eines Arbeiter-Gesangvereins und fügte, wahrscheinlich um jeder weiteren Belästigung vorzubeugen, folgende Erklärung bei: Weitere Anträge, welcher Art sie auch sein mögen, bleiben unberücksichtigt. Ein schneidiger Gemeindevorsteher! Hoffentlich wird ihm aber durch eine Beschwerde klar gemacht, daß er alle Anträge zu berücksichtigen verpflichtet ist.

In den Solothurner Kantonsrat wurde letzten Sonntag der Arbeiterkandidat, Uhrmacher Studer in Lohn, ohne Opposition mit 431 Stimmen gewählt. Mit ihm ist das Duzend solothurnischer Landtagsabgeordneter der Arbeiterpartei voll geworden.

Die Saalbesitzer Magdeburgs haben einstimmig beschlossen, den Socialdemokraten ihre Säle nicht zu öffnen. Also ein Boykott der Socialdemokraten seitens der Saalbesitzer. Würde dieser Boykott auch mit von dem Umsturzgesetz getroffen werden?

**Aus Sachsen.**

Mit einem geharnischten Ruf ruft eröffnet die sächsische Arbeiterzeitung die diesjährige Landtagswahlkampagne. Er schließt mit der Aufforderung an diejenigen Gesinnungsgenossen, die nur deshalb nicht wahlberechtigt sind, weil sie die sächsische Staatsangehörigkeit nicht besitzen, die Staatsangehörigkeit zu erwerben. Wir können nur wünschen, daß auch bei uns recht bald eine eifrige, auf die Erwerbung des Bürgerrechts gerichtete Agitation entfaltet werde.

Der Redakteur des Sachgenossen, Gen. Landtagsabgeordneter G. Horn, war vom Schöffengericht Dresden wegen Beleidigung eines Inspektors der Siemensschen Glasfabrik zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer verworfen.

Der Reichstagsabgeordnete Zimmermann war bekanntlich vor einiger Zeit in einem schöffengerichtlichen Erkenntnis der „unwürdigen Doppelzüngigkeit“ geziehen worden. In einer antisemitischen Versammlung in Dresden hat nun Herr Zimmermann dieses Erkenntnis einer Kritik unterzogen und dabei die Erklärung abgegeben, er werde mit dem Richter, der die Urteilsbegründung verfaßt, „noch persönlich abrechnen“. Leider hat Herr Zimmermann nicht verraten, wie er sich diese persönliche Abrechnung denkt.

Diesem eine Widmung.

Sonnabend den 16. Februar abends 9 Uhr

Große Volksversammlung

im Saale der Germania zu Hellerhausen.

Tagesordnung: Umsturzvorlage und Socialpolitik.

Referent: Dr. Max Quark aus Frankfurt a. M.

Satzrechener Erseinen nicht entgegen

[1039]

Das Mitationskomitee.

Freitag den 15. Februar abends 9 Uhr

Große öffentliche Versammlung

aller im

Handelsgewerbe Angestellten

in den Sälen der Flora.

Tagesordnung: Die geplante Verfassung des Verrats von Fabriks- und Geschäftsgeheimnissen durch den Gesekentwurf betr. die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes.

Referent: Dr. M. Quark, Frankfurt a. M.

Satzrechener Besuch nicht entgegen

[1038]

Der Einberufer.

Socialdemokrat. Verein Alt-Leipzig.

Die für heute abend einberufene öffentliche Versammlung im Restaurant Spieß findet nicht statt.

Restaurant Kleine Markthalle, Kurprinzstrasse 20.

Sonntag den 17. Februar Grosses gesellig-stiliches Prämienkochen. 1. Preis: 1 Hirsch, Wert 80 Mt., 2. Preis: 1 Hammel, Wert 45 Mt., 3. Preis: 1 Reb, Wert 30 Mt., etc. — Freitag den 15. Februar Grosses Bockbierfest mit gefellter Unterhaltung. Hierzu ladet ergebenst ein

Julius Götner.

Gold-Halle.

Größtes Lokal am Platz.

Heute und folgende Tage

Grosses Bockbierfest.

Großartige Dekoration à la Hofbrauhaus, Dresden.

Frei-Konzert

von altdeutschen Bauern-Musikanten in Nationaltracht, mit allgemeinem Gesang.

10 Uhr: Grosse Fest-Polonaise durch sämtliche Räume.

11 Uhr: Einzug des Bockbierzugs. Derselbe hält eine Ansprache an sein Volk etc. Schnelldige Bedienung in altdeutscher Tracht.

Pantheon. Große Ballmusik.

Um gütigen Zuspruch bittet

Gustav Grosse.

Leipzig-Plagwitz Restaurant u. Café National

Freitag den 15. bis Sonntag den 17. Februar: Letzter Ausschank des f. Bockbieres. Morgen den 15. Februar Bockbierfest mit musikalischer Unterhaltung, ausgeführt von einem Sextett. Dabei empfehle Bockwürste. Bottlich gratis.

Karl Müller.

Restaurant zur Linde.

Morgen Freitag

[1034]

Grosses Bockbier-Fest.

f. Bodwürschen.

Bottlich gratis.

H. Busch.

Restaurant Sophienschlösschen

L.-Neuschönefeld, Konradstrasse 20 empfiehlt Genossen seine schön eingerichteten Lokalitäten zur gefälligen Benützung. Bei Benutzung des Gesellschaftsaals zur Abhaltung von Vergnügen jeder Art stelle ich einen Klavierpieler gratis. Gesellschaften und Klubs steht meine reizbare Regeltaxe zur unentgeltlichen Benützung zur Verfügung. 2 Gesellschaftszimmer mit Pianino noch einige Abende frei. Mittagsstisch mit Bier im Abonnement 50 Pf.

Restaurant Silberfund, Ager.

Morgen Freitag Grosses Bockbierfest verbunden mit Freikonzert. Selbstgebackene Pfannkuchen. Hierzu ladet freundlichst ein

W. Ross.

Eröffnet

ist das billige Specialgeschäft neuer Betten Bettfedern sowie sämtlicher dazu gehörenden Sachen

Erstlings - Ausstattungen Leipzig, Windmühlenstr. 24, I. Etg.

Telephon Amt IV, Nr. 3404. Der Verkauf findet zu noch nie dagewesenen Preisen statt.

Table listing various items and prices: 6 Läden 88 Pf, 6 Hemden 79, 6 bunte Hemden 89, 6 weiße Bique-Hemden 108, 6 Bindeln 120, 1 Wildschur 88, 1 Dusch Unterlage 87, 1 Stoffschnur 55, 1 Stoffschnur, rot 65, 1 Armbrücken, Paar 5, 100 Strohbetten, gefüllt 125, 100 Strohbetten, gefüllt 58, 100 Strohbetten, gefüllt 173, 100 Strohbetten, gefüllt 125, 100 Strohbetten 18 Mt.

Table listing Bedwäsche items: Ueberzüge, bunt 150 Pf, Ueberzüge, weiß 150, Bettlaken 78, Bettdecken (Waffel) 115, Steppdecken 250, Schlafdecken 220, Bettvorleger 55, Breite Strohdäcke 95, Kante Juleis 155, Rote Juleis 225, Bettstellen 9 Mt., Eisene Bettstelle mit Matratze 10.50, Matratze mit Kellern 18

Table listing Neue Betten items: Ganzes Gebett, bunt, Deckbett, Unterbett und Kissen, zusammen 11.25 Mt., Rotes Gebett 12.90, Mt. 17, 25, 28, 32, 39, 42, 47, 50.

Table listing Bettfedern items: doppelt gereinigt, à Pfd. 50, 60, 80, 100, 125, 150, 200, 250, 300, 350, 400 Pfd. Aompl. Betten reinigen 250 Pfd.

Die Waren sind sämtlich sauber gearbeitet und haben vollkommene Gebüße. Zusendung nach auswärtig von 10 Mt. an portofrei. Auswahlsendungen am Plage werden franco Haus geliefert. Leipzig, Windmühlenstr. 24, I. Etg. Telephon Amt IV, Nr. 3404. Einiges Geschäft dieser Art am Plage.



Restaurant zum Heitern Blick.

Freitag den 15. Februar

Bockbierfest mit Freikonzert.

Hierzu ladet ergebenst ein [1017] C. Vogel.

L.-Anger Bernhardstr. 26

Zahns Restaurant

L.-Anger Bernhardstr. 26

Morgen Freitag den 15. Februar 1895

Gemütlicher Unterhaltungsabend.

Table Musik des berühmten Gohliser Bockbieres. Bodwürschen. Pfannkuchen. Bottlich gratis. Hierzu ladet freundlichst ein A. Zahn.



Restaurant Kohlrabi-Insel

Sonnabend den 16. Februar

Großes Schlachtfest verbunden mit Bodwürsch-Anstich.

Hierzu ladet freundlichst ein [1018] August Arnold.

„Stadt Hannover“

Leipzig, Seeburgstrasse. Guten bürgerlichen Mittagstisch zu 40 Pf. Abendstisch Stamm i. Ausd. u. 30 Pf. an. Schi Kutschbader (Wundschloß) à 15 Pf. f. Großbürger Lagerbier, 2 Mt. 25 Pf. Kleiner Saal zu Versammlungen u. Festlichkeiten. Regeldank, von Abend 1.50 Mt. Bier im Faß billig. [4241] Hochachtungsvoll Wth. Spless.

Schlachtfest

bei Robert Höppler, Lindenau Kurtenstr. 37.

Sehr schön, gut und billig gearbeitete Möbel, Spiegel und Polsterwaren auf Teilzahlung. Tapetieren, Ausputzen von Sofas und Matratzen in und außer dem Hause bei langjähriger Garantie. Postmarsdorf. Karl Uhlig, Zulfenstraße 25, 1731.

Schneidig 10

u. hoch elegant, dabei sehr billig, können sich alle Herren leisten. Neue und wenig getragene Anzüge, Fracks, Hosen, Winter- u. Sommer-Anzüge, auch selbstwebe. Schaul 10 Grosse Fleischergasse 10 bitte ganz genau Goldene Krone zu beachten.

Billiger als aus Privat kauft man neue Betten Windmühlenstr. 24, 1 Et., rot, Geb. (Deck-, Unter- u. K.) 12.90 Mt. [176]

Spottbillig verk. neue und gebrauchte Möbel.

816 Lindenau, Marienstr. 28, p. Reste, große Posten zu Brautkleidern passend, in schwarz, rot, blau, farbig und in Silber. [1092] Reste zu Jackets, Mäntel und Unterröcken empfiehlt sehr billig Walther Prell, Zelter Str. 7, I.

Reste

von Lina, Buchstin, Chemnitz, Kammergasse, 50 Proz. unter Preis Hainstr. 19, I. Et.

Uhr

Wer seine gut und billig repariert haben will, bemühe sich Harnd. Str. 6. M. Kewski. 1 neue Uhr Feder 1 Mt., Uhr Kapsel 15 Pf., Uhr Glas 10 Pf., Uhr Ring 10 Pf., Uhr-Schlüssel 5 Pf.

Für Abonnenten der Volkszeitung 10 Prozent Rabatt. 1241

Arbeiterverein Böhlitz-Ehrenberg

und Umgegend. [1028] Sonnabend, 16. Februar, abends 9 Uhr Mitglieder-Versammlung. Es erwartet zahlreichen Besuch P. F.

Reuss & Richter

Kurbad-Anstalten, Leipzig, Dorotheenstr. 9, u. Volk., Elisabethstr. 27. Kautschukbäder, Packungen, Heilmittel u. Massage, Leipziger Bäder, Kammern, Kräuter- u. elektr. Bäder. Norm. u. 8-1 Uhr, nachm. u. 3-8 Uhr, Sonntags nur vormittags geöffnet.

Kauft im Internationalen Schuhwarenhaus

von Richard Müller Tauchaer Straße 9 wo man gute, dauerhafte, solide Arbeit zu den billigsten Preisen bekommt.

Die Verwirklichung des Socialismus.

Wie kann die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in die socialistische ermöglicht werden? [862]

Von Paul Anuth. Preis 50 Pfg. P. Anuths Selbstverlag in Mainz.

Seiten günstiger Gelegenheitskauf. Auffallend billig zu verkaufen: Kleider-schrank, Vertikos, Bettst., Matr., Küchen- u. Vorsenlschr., 100 Stück Spiegel, Tische, Stühle u. versch. Auch sind ein gr. Teil wen. geb., aber sehr gut erb. Alt. Möbel, Bild., verk. Gut für Braut. u. Familien. P. Brendel, Harnd. Str. 16, I., Johannispl.

Nebenverdienst

von Mt. 2-10 täglich können erbeuten. Leute jeden Standes durch Abschluss von Volks-Versicherungen verdienen. Offert. unt. N. 105 durch die Exped. Harnd. Str. 10, Sofa 16, Kommode 8, Stühle 1.50, Tisch 4, Schreibe- u. 18, Pfeilerst. 5 Mt. zu verkaufen. Harnd. Str. 41, pt. I.

Rover

u. Pneumatik-Reifen verk. Harnd. Str. 11, III, Lindenau, Orde-Kurtelle- u. Bismarckstr. (Neubau), Bogis im Preise von 175 bis 240 Mt. per 1. April 1895 zu verm. [2584]

Zu vermiet. fribl. 2. St. Stube als Schlafst. Stelle für 1 oder 2 Herren Harnd. Str. 8 III.

Todes-Anzeige!

Genossen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am 11. d. M. unser Freund, der Buchbinder

Joseph Menikheim

im Alter von 80 Jahren 9 Monaten nach langem Krankheitslager an der Proletarierkrankheit im Krankenhaus St. Jakob verschieden ist.

Der Socialdemokr. Verein Alt-Leipzig. Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 1/2 Uhr vom Pathologischen Institut aus statt. [1096]

Nach längerem Leiden verschied am 11. d. M. unser Kollege, der Buchbinder

Joseph Menikheim

im Alter von 80 Jahren. Der Bevollmächtigte des Verbandes Deutscher Buchbinder. Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 1/2 Uhr vom Pathologischen Institut aus statt. [1088]

Large advertisement for Bockbier with text: Die Verschrotung unseres Bockbieres beginnt mit heutigem Tage. Brauerei Stötteritz, den 13. Febr. 1895. Gebr. Ulrich. [1028]

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

86. Sitzung vom 10. Februar 1895, 1 Uhr. Am Bundesratssitzung: Reichskanzler Fürst Hohenlohe, v. Bötticher, v. Koller.

Zur zweiten Beratung liegen die von den Sozialdemokraten bezuglich der elfassischen Wahlen eingebrachten Gesetzentwürfe wegen Aufhebung des Diktatur-Paragraphe in Elsaß-Lothringen.

Abg. Vuch (Soz.): Unser Antrag ist eine Forderung des elfass-Lothringischen Volkes nach Gerechtigkeit, eine Forderung, deren Berechtigung in weitestgehendem Maße hier bei der ersten Lesung dargelegt worden ist.

Abg. Richter (Fr. Sp.): Der Antrag Bachnide ist ein alteres Edikt, welches die parlamentarischen Verhandlungen. Ich habe zunächst Herrn v. Buchla und dem mecklenburgischen Bundesratssprecher zu erwidern, daß das Reich wiederholt gerade infolge der mangelhaften Verfassungsvorfälle in Mecklenburg seine Kompetenz erweitert hat.

Der Antrag der Sozialdemokraten und darauf auch der Antrag der Elsaßer werden gegen die Stimmen der beiden Parteien der Rechten und der Nationalliberalen angenommen.

Darauf wird die erste Beratung der Anträge Bachnide, Ander und Auer über die Einrichtung einer konstitutionellen Vertretung in den sämtlichen Einzelstaaten fortgesetzt.

Der Antrag v. Frege auf Uebertragung der Tagesordnung über sämtliche drei Anträge ist vorläufig zurückgezogen.

Abg. Richter (Fr. Sp.): Der Antrag Bachnide ist ein alteres Edikt, welches die parlamentarischen Verhandlungen. Ich habe zunächst Herrn v. Buchla und dem mecklenburgischen Bundesratssprecher zu erwidern, daß das Reich wiederholt gerade infolge der mangelhaften Verfassungsvorfälle in Mecklenburg seine Kompetenz erweitert hat.

Abg. Richter (Fr. Sp.): Der Antrag Bachnide ist ein alteres Edikt, welches die parlamentarischen Verhandlungen. Ich habe zunächst Herrn v. Buchla und dem mecklenburgischen Bundesratssprecher zu erwidern, daß das Reich wiederholt gerade infolge der mangelhaften Verfassungsvorfälle in Mecklenburg seine Kompetenz erweitert hat.

Abg. Richter (Fr. Sp.): Der Antrag Bachnide ist ein alteres Edikt, welches die parlamentarischen Verhandlungen. Ich habe zunächst Herrn v. Buchla und dem mecklenburgischen Bundesratssprecher zu erwidern, daß das Reich wiederholt gerade infolge der mangelhaften Verfassungsvorfälle in Mecklenburg seine Kompetenz erweitert hat.

Abg. Richter (Fr. Sp.): Der Antrag Bachnide ist ein alteres Edikt, welches die parlamentarischen Verhandlungen. Ich habe zunächst Herrn v. Buchla und dem mecklenburgischen Bundesratssprecher zu erwidern, daß das Reich wiederholt gerade infolge der mangelhaften Verfassungsvorfälle in Mecklenburg seine Kompetenz erweitert hat.

Abg. Richter (Fr. Sp.): Der Antrag Bachnide ist ein alteres Edikt, welches die parlamentarischen Verhandlungen. Ich habe zunächst Herrn v. Buchla und dem mecklenburgischen Bundesratssprecher zu erwidern, daß das Reich wiederholt gerade infolge der mangelhaften Verfassungsvorfälle in Mecklenburg seine Kompetenz erweitert hat.

Kosten aller übrigen Beteiligten. Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

licher Eingriff in die Selbständigkeit der Einzelstaaten sein soll, so sage ich, gerade diejenigen, welche in der gegenwärtigen Lage die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Einzelstaaten wünschen müssen, am ehesten thäten, unsern Antrag oder wenigstens dem deutschfreisinnigen zuzustimmen.

Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

Der Herzog erhielt das Domänenvermögen und die Städte wurden ohnmächtig, sie mußten nachgeben, nachdem sie 17 Jahre lang auf dem Landtage sich gewehrt hatten.

plutokratische Charakter des Wahlgesehes noch bedeutend verstärkt worden und der Minister Herrfurth müßte gehen, als er gegen jene Vorfälle eiferte. In einer ganzen Zahl von Urwahlsbezirken liegen die Verhältnisse so, daß ein Mann nur in der ersten Klasse ist und dieser dann zwei bis drei Wahlmänner zu wählen hat. Im preussischen Abgeordnetenhause hat Graf Limburg-Sturum selbst erklärt, es sei notwendig, daß ein Mann von seiner Stellung zwei Wahlmänner zu wählen habe. Da kommt es vor, daß in der ersten Klasse Emporkömmlinge, die nicht mit und nicht unterscheiden können, reichgewordene Bäckermeister &c. wählen, während in der zweiten und dritten Klasse die tüchtigsten Beamten und größten Gelehrten wählen müssen. In Neustadt in Schlesien hat die jüdische Firma Gränfel, welche aus sechs Sojien besteht, allein 21 Stadtverordnete zu wählen. Natürlich erzeugt das die vollständige Gleichgültigkeit bei der Bevölkerung gegen ein solches Wahlsystem. Das hat sich auch deutlich gezeigt bei der Beteiligung an den Wahlen zum preussischen Landtag. Während die Wahlbeteiligung bei den letzten Reichstagswahlen etwa 75 pCt. betrug, betrug sie bei den preussischen Landtagswahlen in der Konfliktzeit, als die Beteiligung noch eine verhältnismäßig lebhaftere war, nur 80 pCt., und bei den letzten Wahlen sogar nur 10 pCt. Das Zentrum hat seine platonische Liebe zu dem Antrag der freisinnigen Partei ausgesprochen, es wolle zwar dafür stimmen, aber unter keinen Umständen sich dazu beibringen lassen, für denselben zu reden. Mit dieser platonischen Liebe muß es also doch recht schlecht bestellt sein. Auch in Bayern hat das Zentrum fast ganz gegen unseren Antrag auf Einführung des Reichs-Wahlrechts gestimmt, mit Ausnahme des Dr. Schäbler, des einzigen Mannes vom Zentrum, der auch bei anderen Gelegenheiten gezeigt hat, daß er ein Demokrat ist, was von seinen anderen Parteigenossen nicht gerade gesagt werden kann. Zu meiner Genugthuung und Uebertreibung aber muß ich konstatieren, daß die Nationalliberalen in Baden für das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht gestimmt haben. Dort hat der Abg. Pfeifer diesen Antrag begründet und bestärkt, obgleich er überzeugt war, daß bei diesem Wahlsystem seine Partei nicht mehr die Majorität in der Kammer behalten würde. Im Jahre 1867 hatten die hervorragenden Führer der Nationalliberalen Miquel, Lasser, Bennigsen bei der Landtagswahl in einem Aufrufe erklärt, daß das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht als das feste Bollwerk der Freiheit anzusehen sei, und es auch für Preußen verlangt. Versprochen hat man viel, aus Italien hat man nicht gedacht, und auch Fürst Bismarck hat 1867 erklärt, er kenne gar kein besseres Wahlrecht. Es ist die höchste Zeit, daß das Reichstags-Wahlrecht auch bei den Landtagswahlen in ausgebreiteter Weise durchgeführt wird. Wir verlangen aber weiter, daß das Wahlrecht allen denen aussteht, welche das zwanzigste Lebensjahr überschritten haben. Ebenjotug wie die jungen Leute das Vaterland verteidigen, muß ihnen auch erlaubt sein, mitzureden bei Angelegenheiten des Staates. In England, Nordamerika und der Schweiz ist es durchgeführt. Warum sollte es nicht bei uns möglich sein. Ich kann mich auch auf Belgien beziehen, wo bekanntlich eine große allgemeine Agitation für das allgemeine Wahlrecht bestand und der General Brialmont, eine Autorität auf dem Gebiete des Festungsbaues, erklärte, er halte das allgemeine Wahlrecht als das notwendige Korrelat der allgemeinen Wehrpflicht. Oder wollen Sie etwa behaupten, daß die politische Bildung der Deutschen zurückstehe hinter derjenigen anderer Völker? Wir gehen aber noch weiter: wir verlangen, daß das Wahlrecht auch auf die Frauen ausgedehnt werde. Das soll ungeheuerlich, verrückt sein. Alles Neue aber wird im ersten Augenblicke für verrückt erklärt. Kein großes Ziel in der menschlichen Entwicklung giebt es, das nicht in ähnlicher Weise verurteilt und dann bekämpft worden wäre.

Nicht anders war es mit der Forderung, die Frauen zum Universitätsstudium zuzulassen. Die Ansichten über diese Frage sind unserer Forderung schon viel geneigter geworden. Noch vor wenigen Jahren hätte die Petition der Frauen um Gewährung des Vereins- und Versammlungsrechts kaum einige hundert Unterschriften erhalten, heute ist es von 10 000 Unterschriften aus den besten bürgerlichen Kreisen bedeckt. Weibliche Fabrikinspektoren sind in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten vorhanden und haben in ausgezeichneter Weise ihre Obliegenheiten erfüllt. Auch für Deutschland wird diese Frage immer brennender. Wir erheben aber im Namen der Rechtsgleichheit diese Forderung und beschränken dem männlichen Geschlecht das Recht, die Frauen zu bejournen. Gätte man die Frauen bei der Andarstellung des bürgerlichen Gesetzbuchs gehört, so hätte man Anschauungen benützen können, an die man früher nicht gedacht hat, daß die Frauen mehr und mehr in die Öffentlichkeit treten müssen. Die Zahl der in unserer Zivilisirte beschäftigten Frauen dürfte nach der diesjährigen Gewerbezählung auf 6 Millionen angewachsen sein. In der sozialen, generellen, Steuer-, Zoll- und Erziehungsgesetzgebung sind die Frauen genau so stimmberichtigt wie die Männer. Wir erleben hier dasselbe wie in dem Falle, wo eine herrschende Männerklasse über eine bedrückte Männerklasse herrscht: die Gesehe werden zu Ungunsten der Unterdrückten gemacht. Vielleicht könnte jemand die Frage aufwerfen, ob denn die Frauen auch die Pflichten der Männer auf sich nehmen, Solbat werden und sich im Kriege todt schlagen lassen wollen. Wissen Sie denn nicht, daß die Gefahren für Leben und Gesundheit der Frauen unendlich viel größer sind, als für die Männer? In einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum sind nicht weniger als 862 000 Frauen am Kindebette gestorben. In 22 Staaten werden jetzt schon Frauen als Schulführer verwendet. In sieben Staaten Nordamerikas haben sie das Wahlrecht überhaupt. Auch in Deutschland haben sie wenigstens das aktive Stimmrecht, und zwar bestimmt die sächsische Landgemeinde-Ordnung, daß eine Frau, die auf grund ihres Grundbesitzes ein Stimmrecht hat, dieses Stimmrecht ausüben darf, wenn sie keinen Mann hat. In den Vereinigten Staaten hat man am 12. Dezember 1894 das 25jährige Jubiläum des Frauenstimmrechts gefeiert. Es liegt im eigenen Interesse der Männer, den Frauen das Stimmrecht zu geben. Das möchte ich insbesondere den badischen Nationalliberalen sagen. Als wir seinerzeit das allgemeine geheime Wahlrecht forderten, wurden wir verlacht und verspottet, heute sind wir die härteste Partei in Deutschland. So wird es auch mit diesem Antrage gehen. Wir stellen ihn aus Gerechtigkeitsgefühl, weil wir es nicht verantworten können, daß die größere Hälfte der Nation vom Wahlrecht ausgeschlossen ist. (Anruhe). Die Frauen bilden die größere Hälfte (Aufe): Die bessere! (Geheiß), auch die bessere. Sie haben weit mehr Gerechtigkeitsgefühl wie die Männer, sie sind viel weniger bornirt wie die Männer, sie sind das moralisch bessere Element. (Anruhe.) Die Frauen müssen zu den öffentlichen Ämtern zugelassen werden. Ich bin sogar überzeugt, daß sie im höchsten Grade wohlthun auf das öffentliche Leben einwirken würden. Vieles würde in öffentlichen Versammlungen von Männern nicht gesagt werden, wenn die Frauen etwas drein zu reden hätten. Vielleicht erleben wir es, daß, wenn diese Frage eine gewisse Aktualität erlangt, viele sich liberal Renneude sehr entschieden sich gegen das Frauenstimmrecht wenden, während Zentrumsmänner und Konservative dafür eintreten. Es wird bei uns genau so gehen wie in England. Es war die Anhängerenschaft für das Frauenstimmrecht in England, so gewachsen, daß in erster und zweiter Lesung die Mehrheit des Unterhauses für den Antrag eintrat und ihn ungewisselhaft auch definitiv angenommen hätte, wenn das Parlament nicht aufgelöst worden wäre. Vor zwei Jahren fand der Antrag immer noch 152 gegen 176 Stimmen. Männer wie Salisbury haben sich für das Frauenstimmrecht und ihr Mitbestimmungsrecht an der Politik ausgesprochen. Bei uns in Deutschland heißt es: immer langsam voran, ja es

gibt bei uns ausschlaggebende Männer, welche ihr ganzes Denken darauf richten, die mäßigen Fortschritte, die wir in den letzten Jahren errungen haben, wieder zu vernichten. Jemehr sie nach rückwärts drängen, werden wir nach vorwärts drängen. Es giebt keinen Mittelstand, auch nicht in der Entwicklung des politischen Lebens einer Nation. Wenn bestimmte Klassen versuchen, gewaltsam eine solche Rückwärtsbewegung herbeizuführen, so wird aus der Tiefe des Volkes heraus die entschiedenste Opposition entgegengehelt und die Heftigkeit über den Haufen geworfen werden. Wägen noch soviel Umkirzvorlagen kommen: wir wissen, daß wir den Fortschritt repräsentieren und daß uns die Zukunft gehört, die Zukunft trotz alledem und alledem! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Nettich (Mecklenburg, dt.): Wir wollen die ständische Gliederung in unserer Verfassung immer behalten. Wir wollen auch keine Einmischung des Reiches in die mecklenburgischen Verhältnisse, sondern wollen das, was geschehen muß auf dem Verfassungsgebiete, auch allein machen. In der württembergischen Verfassung sind auch privilegirte Vertreter des Grundbesitzes vorgesehen: die müßten nach diesem Antrage beseitigt werden, und das wird sich Württemberg ebenfalls gefallen lassen wie Mecklenburg. Herr Richter erwägt, daß der Mecklenburger Landtag immer noch nicht beschlußfähig sei; er hat aber nicht mitgeteilt, warum. Es liegt daran, daß die Mehrheit nicht Lust hat, sich Steuern aufliegen zu lassen, während jetzt der Großherzog alles allein bezahlt; sie befinden sich besser bei dem bisherigen Zustande, sagen sie. (Geheiß.) Bei der Vereinbarung der Verfassung hatten die Stände ganz bestimmte Bedingungen gestellt, welche aber nicht erfüllt wurden; deshalb ist der erwähnte Schiedsspruch ergangen. Vertrauensmänner des Volkes sind doch ganz gewiß die sechs konservativen Abgeordneten Mecklenburgs, die hier im Hause sitzen. Wenn auch kein direktes Wahlrecht, so besteht doch ein sehr ausgedehntes Präsentationsrecht. Die Darstellung der mecklenburgischen Zustände, wie sie der Abg. Pachnide gegeben hat, war in einzelnen vielfach verkehrt und irthümlich. Der dreißigjährige Krieg hat in Mecklenburg viel mehr Bauern „gelegt“ als die Mitterschaft in den beiden Jahrzehnten seitdem. Die Bauern haben zwar kein freies Eigentum; aber auch in Preußen wird die Befreiung der Erbpacht bewahrt und die gebundene Form des Rentenpacht kommt dort immer mehr in Aufnahme. Auf dem mecklenburgischen Landtage ist seitens der Regierung die Bereitwilligkeit erklärt worden, auf eine Verfassungsreform einzugehen, während die Landschaft gerade der widerstrebende Faktor war. Herr Pachnide würde sich den Dank seiner Wähler am meisten dadurch verdienen, wenn er solche Rede, wie seine aus der vorigen Woche, hier nicht hielte und solche Anträge nicht stellte; wenn in Mecklenburg Erörterung herrscht, so ist es darüber, daß der Reichstag so eine Rede anhören möchte.

Abg. Lieber (3.): Bebel hat zuviel bewiesen und darum gar nichts. Ist das Frauenwahlrecht so vorzuziehlich, so müßte es doch auch für den Reichstag gelten. Das sieht aber in dem Antrage nicht. Namens des Zentrums erkläre ich, daß wir den Anträgen Pachnide, Ander und Auer gegenüber auf unserem früheren Standpunkte verharren. Es hat allerdings eine Zeit lang Reichsversager-Ölpe einen anderen Standpunkt vertreten, den Standpunkt Windthorst's theilte das ganze Zentrum. Windthorst hat ausgeführt, daß nach Art. 28 der Verfassung der Reichstag die Kompetenz zur Gesetzgebung nur habe innerhalb der Kompetenz des Reiches. Für meine Person stehe ich auf dem Boden Windthorst's: Ehe solche Anträge verhandelt werden, müßte erst ein Antrag auf Ausdehnung der Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung eingebracht werden und angenommen sein. Diese Kompetenz-Kompetenz, wie es Windthorst genannt hat, wird auch von Laband anerkannt. Das Zentrum hält eine Ausdehnung der Kompetenz des Reiches unter den heutigen Verhältnissen für nicht rätlich, dreifach und gehjuchadl bedenklich aber wird es nach den Ausführungen der Begründer der Anträge, Richter und Bebel; das Zentrum ist sich seiner ganzen überativen Vergangenheit und seiner Verpflichtungen daraus zu sehr bewußt. Und sind die populären Verfassungen, sowohl die Reichsverfassung wie die einzelstaatlichen Verfassungen nicht ein bloßes Stück Papier, sondern die Grundlage des öffentlichen Rechtes und des Reiches, so wie es geworden ist. In Bayern ist die Annahme des direkten Wahlrechts nicht an unserem Widerspruch, sondern an den bekannten Verfassungsbedenkungen, die an die Regentenschaft anknüpfen, gescheitert. In Preußen haben wir unsere Erklärung deutlich und unangeben zur Sache abgegeben.

Abg. v. Marquardsen (natl.): Für das Frauenwahlrecht bedanken wir uns zur Zeit, wir wollen es beim Männerstimmrecht belassen. Von den drei Anträgen ist uns der Antrag Pachnide ein alter lieber Bekannter. Wir haben ihm früher zugestimmt. Die Verneinung auf Laband können wir nicht gelten lassen. Artikel 78 besagt ausdrücklich, daß die Verfassungsänderungen im Wege der Gesetzgebung erfolgen; der Einwand Lieber's wegen mangelnder Kompetenz des Reichstages ist daher nach unserer Ansicht nicht berechtigt. Wir stimmen daher auch für den Antrag Pachnide; die weitergehenden lehnen wir ab.

Abg. Maack (Mecklenburg, Strelitz, Hp.) fährt aus, daß die mecklenburgische Bevölkerung durchweg auch in den kleinen Städten auf Landwirtschaft angewiesen, sich in der jetzigen Lage wohl befindet; er meint, es heiße leeres Stroh dreschen, sich im Reichstage über mecklenburgische Dinge zu unterhalten. Man sollte lieber über solche Dinge sich ausdrücken, die der Bevölkerung wirklich nützlich sind. (Anruhe links.)

Abg. v. Frege (dt.): Die Debatte ist insofern sehr interessant gewesen, als sie gezeigt hat, daß in dieser Frage Freiheit und Sozialdemokratie arm in Arm gehen. Sie hat ferner gezeigt, daß wir hier ganz nutzlos um Dinge diskutieren, wie es bei mecklenburgische Verfassungsfrage ist. Herr Richter hat die historische Entwicklung, wie die Rede des Herrn Nettich ergab, nicht richtig vorgetragen. In der Frauenfrage stehen wir gar nicht so abgetrennt, wie Herr Bebel vielleicht annimmt, aber das glauben wir nicht, daß die Frauen dann die Wege des Herrn Bebel wandeln werden. Namentlich die deutschen Fürstinnen haben verstanden, die Bedeutung der Frau zu erhöhen; auf dem Gebiete der Krankenpflege und auf anderen Gebieten müssen die Frauen ausgebildet und namentlich vor gewissen ausfallenden Männern besonders in der Hauptstadt geschützt werden. (Bewegung links.) Alles dies aber ist ausföhbar auch ohne das Wahlrecht für die Frauen. Kein Atom der Verfassung von 1871 darf angegriffen werden. Gegen den Ausdruck Kaisertraktat muß ich auf das Entschiedenste protestieren. (Große Anruhe links.) Der Parlamentarismus muß immer mehr zurückgehen, wenn solches weiter geht, wenn echte positive Schaffensfreudigkeit nicht in diesen Saal eingeht. Die Sterilisirung des Parlamentarismus hat niemand mehr gefördert, als der Abg. Richter. Staatliche Epifindigkeiten gehören hier nicht her. (Lebhafte Beifall rechts, Lachen links.)

Damit schließt die Debatte. Es folgen die Schlusworte der Antragsteller.

Abg. Pachnide ist mit dem Abg. v. Frege der Meinung, daß die Debatte sehr interessant und ihr Ergebnis ein bestriedigendes gewesen ist, aber nicht, weil die Ueberflüssigkeit, sondern weil die Nothwendigkeit der Stellung des Antrages erwiesen worden sei. Selbst in Mecklenburg sei die Stimmung der Genakhaber nicht so favorö abnehmend gewesen, wie heute; denn noch 1889 habe Herr v. Bülow erklärt, daß an dem alten Willen Mecklenburgs, eine Verfassungsreform einzuführen, nicht zu zweifeln sei. Der Bundesrat habe doch seiner Zeit auch einen entsprechenden Willen der mecklenburgischen Regierung gezeigt; jener Bundesrathsbeschlus bestehe noch zu Recht und gleichwohl dürfe Herr v. Oerjen in der Weise, wie geschrieben, einen noch vorhandenen Beschluß des Kollegiums, dem er selbst angehört, kritisieren. Wie die mecklenburgische Regierung, so seien auch die mecklenburgischen Konservativen. Herr v. Wichta

habe aber wenigstens zugestanden, daß formell juristisch das Reich zum Einschreiten berechtigt sei. Die Herren seien gar nicht an sich gegen den Parlamentarismus, sie hätten aber einmal die Macht in Mecklenburg und wollen sie mit anderen nicht theilen. Vorrecht aber sei Unrecht, und Unrecht müsse beseitigt werden. Wie die Volkvertretung in Mecklenburg beschaffen sein soll, darüber mag Mecklenburg bestimmen, aber daß dort eine Verfassung sein muß, kann das Reich vorschreiben (Särm rechts; Abg. Roopat'schek: 3 Gott bewahre!) Wenn Sie auch darüber lachen, für uns handelt es sich hier um sehr ernste Interessen, um das Interesse der Gesamtheit, nicht der Sonderinteressen der Mitterschaft. (Lautes Geklächer rechts, während der Redner die Tribüne verläßt.)

Die Antragsteller für die Anträge Ander und Auer verzichten auf das Schluswort.

Damit ist die erste Berathung erledigt. Die zweite Berathung wird im Plenum stattfinden.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag Ander betreffend die anderweitige Abgrenzung der Wahlkreise.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der beiden Volksparteien abgelehnt.

Darauf wird die Sitzung verlagert.

Schlus 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Etat des Reichsamts des Innern und Post-Stat.)

### Vom Reichstage.

Die Kommission für die Berufs- und Gewerbe-zählung hielt am 13. Februar ihre vierte Sitzung ab.

Abg. Schoenlauk beantragt, zwischen Frage 4 und 5 die Frage einzufalten: Gehört der Gewerbebetrieb zu einem Kartell (Unternehmerverband) und zu welchem?

Abg. Gasse glaubt, daß wir keine korrekten Ergebnisse erhalten würden, ebenso der Vorsitzende, Abg. Dike; er meint, die Unternehmer würden aus Scheu vor einem etwaigen gesetzgeberischen Eingriff nicht genügende Auskunft geben, sie würden dann den ganzen Fragebogen mit Mißtrauen betrachten.

Abg. Schoenlauk begründet eingehend seinen Antrag, der ein sozialpolitisches Interesse habe.

Abg. Adt (natl.) wendet sich gegen den Antrag. Er frage, ob vorübergehende Uebereinkünfte unter diese Frage fallen würden. Die Frage bringe in die Geschäftsgeheimnisse der Unternehmer ein.

Abg. Schoenlauk: Nicht um vorübergehende Uebereinkünfte handle es sich.

Direktor v. Scheel: Die Anregung Schoenlauk's sei berechtigt. Aber der Gewerbebogen richtete sich an alle Klein-gewerbetreibenden. Man müsse eventuell die Frage auf alle Unternehmervverbände ausdehnen (Zunungen u. s. w.).

Abg. Schneider: Viel Neues werde nicht dabei herauskommen. Die Gefahr liege vor, daß je mehr schwierige Fragen hineinkämen, um so mehr Fehler bei der Ausfüllung des Fragebogens gemacht würden.

Der Antrag Schoenlauk wird abgelehnt.

Zu Drucksache 4 (Anweisung für die Zähler) schlägt Abg. Gasse vor, daß die Ablieferung der Zählpapiere nebst beiden Kontrolllisten auch vor dem 21. Juni an die zuständige Orts-behörde erfolgen soll, wenn die Ortsbehörden längere Fristen stelle. Die Vorlage setzt als Termin den 21. Juni fest. Wo befödete Zähler thätig seien, würde die Frist (14. bis 21. Juni) zu lang, zu kostspielig sein. Drei Tage würden für große Städte genügen.

Direktor v. Scheel: Der Termin sei auf der Statistiker-konferenz festgestellt worden gerade im Interesse der großen Städte, und damit die Termine von den anderen Behörden eingehalten werden können. Der 21. Juni sei ja nur der äußerste Termin, die Ortsbehörden könnten bei der Zählpapiere früher von ihren Zählern einfordern.

Abg. Gasse: In Leipzig könnte ihm die Studentenschaft freiwillige Zähler nicht genügend beschaffen. Aber als Kuriosum führe er an, daß ein Student durch sein Dienstmädchen die Zählung habe vornehmen lassen.

Der Zusatzantrag Gasse wird angenommen.

Zu Drucksache 5 (Kontrollliste) beantragt Abg. Gasse, im Kopfe der Spalte 8: Bezeichnung der Haushaltung (der Anstalt u. s. w.) hinzuzufügen: oder der Firma. Wird angenommen.

Zu Drucksache 6 (Anweisung für die Gemeindevorstände) beantragt Gasse, in 8 die Worte zu streichen: (Die Zähler müssen) auf die gewissenhafte Wahrnehmung derselben (der Obliegenheiten) verpflichtet werden. Es mache dies große Schwierigkeiten (Protokoll, Handschlag, Instruktion). Die hiedurch Statistiker fürchteten schon heute, daß nicht genug freiwillige Zähler da sein würden.

Direktor v. Scheel: Man solle etwa „aufmerksam gemacht werden“ einsetzen.

Man einigt sich auch hierüber vorbehaltlich der geeigneten Redaktion.

Abg. Gasse schlägt vor, die Gemeinden zu bevollmächtigen (Anweisung für die Gemeindevorstände), fakultativ die Kontrolllisten an stelle der Zähler anzufüllen.

Direktor v. Scheel: Er müsse sich erst mit seinen Kollegen über diese Sache aussprechen. Er wolle den Wunsch zur Kenntnis nehmen.

Abg. Gasse schlägt vor, in Drucksache 6: § 7 (Ablieferung des Zählmaterials an die zuständige Verwaltungsbehörde) als Schlusatz hinzuzufügen: Den Landesbehörden bleibt es überlassen, den Termin zu verlängern. Die Abgg. Adt und Schachse wollen auf die unzulänglichen technischen Mittel die Worte: „aus Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern bis zum 6. Juli“ streichen.

Unterstaatssekretär v. Kottenburg: Er bitte, diese Erwägungen dem Bundesrat als Wunsch zu übermitteln. Es lägen schwierige technische Fragen vor.

Der Vorschlag Adt-Sachse wird angenommen, ebenso der Antrag Gasse.

Zu Drucksache Nr. 7 (Gemeindebogen) fährt Abg. Gasse aus: er regt hier die Frage der Bearbeitung des Materials an. Er vermisse die Indesforderungen des Reichs an die Einzelstaaten, nur der Gemeindebogen, der elementarste Anfang dessen, was aus dem Material gemacht werden solle, liege vor. Er bitte um authentische Auskunft über die Bearbeitung des Stoffes. Er sei für möglichst hohe Ansprüche des Reichs; es solle Formulare ausfüllen, die die Einzelstaaten unbedingt ausfüllen müßten. Ferner regte er an, bei beiden Zählungen des Jahres 1895 eine einheitliche Scheidung betreffend der Bearbeitungs-methode vorzunehmen (ob zentralisirt oder dezentralisirt).

Wie denke man sich die Sache? Er bitte um verbindliche Auskunft, ob man die Berufs- und Gewerbezahlungen den Einzelstaaten überlassen wolle; denn würden die Ergebnisse erst in fünf Jahren hier vorliegen. Die Kommententen der Statistik klagten mit Recht über die Langsamkeit der Statistiker. Eine systematische Arbeitsteilung müsse stattfinden. Er wolle nicht entscheiden, welche Art der Bearbeitung vorzuziehen sei. Für die zentrale Bearbeitung der Veruzählung spreche die Möglichkeit der Anwendung der technischen Hilfsmittel (praktischen Zählmaschinen, von denen das Reich 12 000 Gulden löste).

Direktor v. Scheel: Als die Statistiker-Konferenz einberufen worden sei, habe er auch die Zusammenstellungsformulare vorgelegt. Die Konferenz sei aber auf diesen Plan vorläufig nicht eingegangen, da man abwarten müsse, was Reichstag und Bundesrat eigentlich wollten. Man hätte nicht gedacht, daß der Reichstag diese Zusammenstellungsformulare begutachten wolle. Sie schloßen der Vergleichbarkeit wegen sich noch an die Zählung von 1882

an. Der Unterschied gegen 1883 besteht darin, 1. daß gewisse Gegenstände, die 1883 fehlten, jetzt aufgenommen wurden, 2. daß in den Tabellenköpfen und in den Nachweisungen der Berufsarten diesmal größere Specialisierung eintreten soll.

Was die Methode der Bearbeitung betreffe, so habe sich die Reichsregierung stets gelehrt, in diese Angelegenheit der Bundesstaaten einzugreifen; er überlasse das den Einzelstaaten, ob sie ihr Material selbst oder im statistischen Reichsamte verarbeiten wollen. Den Einzelstaaten liege z. B. daran, das Material weiter zu bearbeiten und ihren Drucker in München, Dresden u. Arbeit zu geben. Das Zusammentreffen von Berufs- und Volkszählung betr. könne keine verbindliche Erklärung abgegeben werden, ob eine Volkszählung stattfinden oder nicht. Werde sie in diesem Jahre gemacht, so werde ihre Arbeit beschränkt werden vor allem auf die für Finanz- und Militärverwaltung wichtigen Fragen. Preußen habe erklärt, daß sie beide Bearbeitungen (Berufs- und Volkszählung) gut und pünktlich machen werde; auch kein anderer Staat habe sich dagegen erklärt, obwohl der Wunsch nach einer Hinausschiebung der Volkszählung um ein Jahr laut geworden sei: Die Ergebnisse würden möglichst schnell veröffentlicht werden, gewisse Uebersichten in kürzerer und längerer Frist. Das Gesamtergebnis könne aber erst in ein paar Jahren veröffentlicht werden.

Die moderne Zählweise betreffend, so habe Preußen drei Plinzel des Materials und dies werde dafür sorgen, daß vorläufig die Bearbeitung möglichst zweckmäßig werde. Er experimentiere im statistischen Reichsamte ohne großen Erfolg mit solch einer Zählmachine.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg: Das bisherige Verfahren der Bearbeitung habe sich bewährt. Es wäre politisch bedenklich, davon abzuweichen, die Bundesstaaten würden das übel empfinden, auch aus materiellen Rücksichten. (Beschäftigung vieler Arbeitskräfte.)

Der Vorsitzende, Abg. Hoge, spricht im Sinne der Regierungsvertreter.

Abg. Haffe: 1882 sei diese Zählung mitten zwischen die von 1880 und 1885 gefallen. Jetzt läge ein Novum vor, daß die zwei Zählungen in einem Jahre vor sich gingen. Deshalb könne man jetzt einmal die eine Zählung centralisieren. Preußen könne wohl mit Zählmaschinen arbeiten. Wie steht es aber mit Braunschweig, Anhalt u. c? Er gebe ja zu: daß trotz der Zählmaschinen auch einmal Mißerfolge sich herausstellen. Die österreichische Berufszählung sei nicht wegen der Zählmaschinen, sondern deshalb verfehlt, weil dort gemogelt worden sei. Man solle doch wenigstens den Großstädten zugetheilen, die Materialien amtlich, gleich den Kleinrenten zu bearbeiten, da sie gute statistische Kenner hätten, und eventuell größere Garantie für gute Bearbeitung als manche Kleinrenten bieten. Früher sei das gestattet gewesen, dann habe man es nur als Privatarbeit zugelassen. Zwei Parallelarbeiten desselben Materials hätten nie das gleiche Ergebnis; das discreditierte die Statistik.

Unterstaatssekretär v. Rottenburg: Durch ein Reichsgefeh solle man den Großstädten nicht das Recht zu einer amtlichen Bearbeitung des Materials geben. Das werde Verstimmung der Bundesstaaten hervorrufen, da man so in die Verwaltung der Bundesstaaten eingreife, und das werde von den Bundesstaaten übel empfunden werden. Der Bundesrat werde solch einen Vorschlag nicht annehmen. Jede Landesregierung könne ja den Städten Vollmacht dazu geben.

Der württembergische Bundesratsbevollmächtigte v. Schärer: Wenn der Vorschlag Haffes angenommen würde, müßten auch über die Zusammenfassung städtischer statistischer Kenner im Geseh Vorschritten gemacht werden.

Abg. Haffe erklärt sich mit der Erklärung Rottenburgs einverstanden.

(Schluß folgt.)

sein, die zu einem glücklichen Leben unentbehrlich ist; da keinem Berufe mehr der Mangel eines „tieferen“ Berufes anhängt, ist der Einwurf, zu den handwerksmäßigen Berufszweigen würde niemand mehr Lust haben, hinfrällig; die menschlichen Reigungen und Fähigkeiten sind äußerst mannigfaltig, und es wird ja auch jedem Handarbeiter, im Gegensatz zu dem, möglich sein, an allen geistigen Genüssen der Gesellschaft teilzunehmen. Aber nur durch gründliche Befahrung der socialen Zustände kann unser pädagogisches Ideal, das mit dem der Lehrervereine zusammenfällt, verwirklicht werden, ein Ideal, das ich — so schloß der Redner — zusammenfassen möchte in die Dichterworte:

Der Erde Glanz, der Sonne Pracht, Des Geistes Licht, des Wissens Macht, Dem ganzen Volke sei's gegeben — Das ist das Ziel, das wir erstreben! —

Reicher Beifall der gut besuchten Versammlung lohnte den Redner.

Nach einer recht anregenden Diskussion wurde vom Vorsitzenden noch zum Anschluß an den Arbeiterverein sowie zur Beteiligung an dessen Stiftungsfest, das am 23. d. M. stattfindet, aufgefordert. Gegen 11 1/2 Uhr fand die interessante Versammlung ihr Ende.

In der öffentlichen Versammlung der Brauer und Brauereifeldarbeiter, die am Sonntag den 10. Februar im Universitätskeller abgehalten wurde, referierte Genosse Meusch über die Entwicklung der heutigen Produktion.“ Ausgehend von der Produktion der Arbeit, schilderte der Redner in klaren, trefflichen Worten die Produktion für den Selbstverbrauch im weltlichen Sinne, um sodann die Produktion für den Tausch oder Verkauf, d. h. die heutige Warenproduktion näher zu erläutern. Er forderte zum Schluß seines besäuglichen aufzunehmenden Vortrages die Anwesenden auf, Mann für Mann in ihren Berufsorganisationen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie Verkürzung der Arbeitszeit zu kämpfen. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen Stöcklein, Bauer, Schmidt und Lehnert im Sinne des Referenten aus. Beim 2. Punkt, Wahl eines Vertrauensmannes, wurden die Kollegen Lehnert, Langert und Stöcklein in Vorschlag gebracht und dem lehteren die Geschäfte so lange übertragen, bis der Verbandsvorsitzende hier einen Bevollmächtigten ernannt habe. Bei Punkt 3, Gewerkschaftliches, unterbreitete der Delegierte des Kartells, Kollege Stöcklein, die vom Genossen Meusch betreffs der Waiferer im Gewerkschaftskartell eingebrachte bekannte Resolution. Die Versammlung machte die Resolution zur ihrigen. Kol. Bauer brachte die Entlassung des Kol. Schmidt bei Mebeck u. Comp. zur Sprache, die angeblich wegen einer geringen Unachtsamkeit erfolgt sei und nicht gerechtfertigt erscheine. Schmidt, der 6 1/2 Jahre dort thätig war, hatte einen Teil des Senkbofens einer Trichterweiche nicht genau eingelegt, wodurch beim Ablassen des Wassers 1-2 Centner Gerste mit in die Schleuse gerieten, die jedoch wieder herausgeholt und nach mehrmaligen Waschen mit verarbeitet wurden, so daß ein namhafter Schaden überhaupt nicht entstand. Dies Versehen ist anderen Arbeitern aber öfter schon passiert, ohne daß deshalb jemand entlassen worden wäre. Ob Herr Direktor Reinhardt mit der Entlassung Schmidts einen anderen Zweck verfolgte, weiß man nicht. Ueberhaupt werden in der Mebeck'schen Brauerei die organisierten Brauer, deren es allerdings von 90 dort beschäftigten nur fünf giebt — da ein förmlicher Zwang besteht, dem Bundesgewerkschaftsvereine beizutreten — in jeder Weise zurückgesetzt. So wurden alle fünf organisierten Kollegen in die Maßlager gesteckt und nicht etwa an die beste Arbeit. Kol. Graichen wurde sogar vom Posten des Abfüllers entfernt. Ob diese Maßnahmen mit Wissen und Willen des Herrn Reinhardt ausgeführt wurden, entzieht sich unserer Kenntnis. Nach den Ausführungen des Kol. Stöcklein muß Herr Reinhardt übrigens mit den Familienverhältnissen seiner Arbeiter sehr gut vertraut sein, was aus mehreren verlesenen Aeußerungen dieses Herrn hervorgeht. Mit dem Appell des Vorsitzenden, die Versammlungen zahlreicher zu besuchen, schloß die Versammlung.

Mitglieder-Versammlung der Freien Vereinigung der Glanz-Müller von Leipzig u. Umg. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder, Erledigung der Steuern und Ausfertigung neuer Mitgliedskarten. 2. Vorberatung zum zweiten Stiftungsfest. 3. Vorschlag der Lokale, die den Arbeitern zur Verfügung stehen, in denen aber keine Vereinigungsmuster spielen. 4. Beschließenes. Anwesend waren 45 Mitglieder, neu aufgenommen wurden 5. Für das Stiftungsfest wurde der 22. März (in der Flora) in Aussicht genommen. Hierauf wurde zur Bekanntgabe weiterer Lokale geschritten. Nach längerer Diskussion schloß der Vorsitzende die Versammlung 11 1/2 Uhr. Nächste Versammlung den 22. Februar.

Eine öffentliche Versammlung der Gummiarbeiter und Arbeiterinnen und verw. Berufsgenossen wurde mit der Tagesordnung: Vortrag von Gen. Müller über „Indifferentismus“, Diskussion und Gewerkschaftliches, am Dienstag in der Gesellschaftshalle zu Lindenau abgehalten, doch war dieselbe nur von etwa 40 Personen besucht. Für seine Ausführungen wurde Gen. Müller wohlverdienter Beifall zu teil. Während der Diskussion wurde zwei Rednern das Wort entzogen und eine Resolution, die gegen die Umsturzvorlage gerichtet war, wegen „zu scharfer Ausdrucksweise“ vom überwachenden Beamten nicht zur Debatte zugelassen und der Name des Verfassers vom Beamteten notiert. Weiter wurden zwei Mann gewählt, um weitere Schritte zwecks des Beitritts der chemischen Arbeiter zur Organisation zu thun. Nachdem noch von mehreren Seiten die Gleichgültigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen scharf getadelt und weiter auf das am 23. Februar in der Gesellschaftshalle stattfindende Vergnügen hingewiesen worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Schneider, Schneiderinnen und verw. Berufsgenossen tagte am 11. Februar im Universitätskeller. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Geschäftsmanipulation der Firma Anspach hier; 2. Bericht und Abrechnung der Agitationskommission und Neuwahl derselben; 3. Wahl eines Bezirksvertrauensmanns; 4. Gewerkschaftliches. Ueber den 1. Punkt referierte Kollege Möbius und verurteilte scharf das Gebahren der Firma Anspach. Die Firma annoncierte, daß ihre Waren nur auf eigener Werkstatt angefertigt würden, und daß sich jeder Arbeiter, bevor er sich ein Kleidungsstück kaufe, nach derartigen Sachen erkundige, resp. solches beschaffen möchte. Das stimmt aber inforn nicht, als Herr Anspach gar keine Werkstätte hat, und seine Waren jedenfalls auch aus dem Exportgeschäft des Berlins und Breslaus bezieht. Früher hat er wenigstens noch eine kleine Werkstätte gehabt, auf der fünf Mann arbeiteten und ein Mann schlafen mußten. Schon muß sie gewesen sein. Er zahlte nur 18 Mk. Miete für die Werkstatt 10 Mk. Damit hatte sich nun das Agitationskomitee schon im vorigen Jahr beschäftigt und Herr Anspach gab das Versprechen, die Werkstätte am 1. Januar 1895 zu vergrößern. Die Kommission mußte aber wahrnehmen, daß der Mann die Werkstätte ganz aufgab und seinen Arbeitern zumutete, die Miete selbst zu bezahlen und sich Feuerung, Licht und überhaupt sämtliche Materialkosten außer einer baufälligen Rube und einer Maschine selbst zu stellen. Pro Woche giebt hierzu die Firma drei Mark. Infolge von Lohnkürzungen stellen dann einige Kollegen die Arbeit ein. Kollege Möbius fordert die Kollegen auf, solche Vorkommnisse sofort der Agitationskommission der Schneider Leipzigs zu unterbreiten, damit diese sie veröffentlicht und bekämpfen kann. Nach dem Referat entspann sich eine rege Diskussion, nach der folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: Die heutige Versammlung beauftragt das Agitationskomitee, das Verhalten der Firma Anspach entsprechend der Öffentlichkeit zu unterbreiten. — Unterm 2. Punkt gab Kollege Seeger einen kurzen Bericht über die Thätigkeit des Agitationskomitees und verurteilte die Abrechnung, die von den Kollegen für richtig befunden wurde. Hierauf wurde dem Vertrauensmann für seine Thätigkeit Dankschreiben erteilt. Weiter wurde vom Kollegen Diekmann der Antrag gestellt, die Kommission von drei auf neun Mann zu vergrößern. Der Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen.

Das Agitationskomitee setzt sich aus den Personen Frau Hamer, Frau Baum, Kollegen Diekmann, Möbius, Jankinn, Pahl, Bismack, Dietrich und Schulze zusammen. Beim 8. Punkt wurde Kollege Seeger als Bezirksvertrauensmann einstimmig wabergewählt.

Paunsdorf. Die am Sonntag stattgefundene Gemeindevereins-Versammlung war gut besucht und hatte folgende Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung; 2. Bericht über Gemeinde- und Kirchenratsverwaltung. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vortrag des Gen. Kipinski über Rechte der Landgemeinde. 5. Anträge der Mitglieder, Fragekasten und Verschiedenes. Herr Otto Schubert gab den Bericht über die am 1. Februar stattgefundene Gemeinderatsversammlung und Herr Sellmann den Bericht über die Kirchenratsverwaltung. Drei neue Mitglieder wurden aufgenommen. Der dann folgende zweifelhafte Vortrag über die Entschung der Gemeinde und die ihr zugeständenen Rechte wurde mit großem Beifall aufgenommen und die in der Diskussion gestellten Fragen in zufriedenstellender Weise beantwortet.

Versammlungskalender.

Donnerstag: Socialdemokrat. Verein Alt-Leipzig. Die Versammlung 1900 aus. Verein der Schmelze Leipzig und Umgebung. Spiel. Abends 8 Uhr. T.-O.: 1. Folgen der heutigen Arbeitlosleit. 2. Gewerkschaftliche Rundschau. 3. Entgegennahme der Beichte. 4. Beschließenes. Ratgeberverein Werdnig. Drei Redner. Abends 8 Uhr. Ratgeberverein Werdnig. Restaurant Gausch'sche Spise. Abends 8 Uhr. Freitag: Textilarbeiter und Arbeiterinnen. Gesellschaftshalle zu Lindenau. Abends 8 Uhr. T.-O.: Die Lage der Textilarbeiter und Arbeiterinnen und die Notwendigkeit der Organisation. Referent Frau Anna Vogel aus Werdnig. Saubeldgewerkschaften. Flora, Windmühlstraße. Abends 8 Uhr. T.-O.: Die geplante Bestrafung des Verrats von Fabrik- und Geschäftsgeheimnissen durch den Gesekenswurf betr. die Bestrafung des unlauteren Wettbewerbes. Referent Dr. W. Quard, Frankfurt a. M.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. Februar.

Genosse Dr. Quard aus Frankfurt a. M. wird zu Ende dieser Woche hier in mehreren Versammlungen sprechen. Freitag in der Flora in einer Versammlung aller im Handeldsgewerbe angestellten über die geplante Bestrafung des Verrats von Fabrik- und Geschäftsgeheimnissen durch den Gesekenswurf betr. die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes; Sonnabend in einer Volksversammlung in der Germania zu Sellahausen über: Umsturzvorlage und Socialpolitik; Sonntag in einer allgemeinen Arbeiterversammlung im Pantheon über die Gewerbeinspection mit besonderer Berücksichtigung der Leipziger und der sächsischen Aufsichtsbeamten. — Dr. Quard ist in socialpolitischen und kaufmännischen Fragen als bewährter Kenner, der auch mit Leipziger Verhältnissen vertraut ist, bekannt. Ein starker Besuch der Versammlungen ist daher zu erwarten.

Musterung der Militärpflichtigen im Aushebungsbezirke Leipzig-Stadt II. Die diesjährige Musterung in Leipzig wohnhafter militärpflichtiger Mannschaften, deren Familiennamen als Anfangsbuchstaben einen von denjenigen alphabetischer Ordnung „L bis Z“ führen, somit zum Stadtbezirke Leipzig II gehören, wird am 4., 5., 6., 7., 8., 9., 11., 12., 14., 15., 16., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 25., 26., 27., 28., 29., 30. März, 1., 2., 3., 4. und 5. April d. J., früh von 8 1/2 Uhr ab, die Losung sämtlicher hierzu berechtigter Mannschaften genannten Bezirks am 8. und 9. April d. J., von früh 9 Uhr ab, im Tivoli, Zeiger Straße 32, stattfinden wird. Alle im Stadtbezirke Leipzig wohnhaften, im Jahre 1875 geborenen männlichen Personen deutscher Nationalität, deren Familienname als Anfangsbuchstaben einen derjenigen alphabetischer Ordnung von „L bis Z“ führen, soweit sie von der Bestellung nicht ausdrücklich entbunden sind, sowie diejenigen Militärpflichtigen gedachter Namenskategorie früherer Jahrgänge, welche noch keine definitive Entscheidung seitens der Ober-Erfah-Behörden erhalten haben, werden aufgefordert, sich pünktlich im betreffenden Musterungstermine nach Maßgabe der ihnen noch zugehenden Bestellungsbefehle, in reinewaschemen Körperzustande und in reinlicher Leibwäsche gekleidet, zur Musterung persönlich einzufinden. Wer durch Krankheit am Erscheinen im festgesetzten Musterungstermine verhindert sein sollte, hat rechtzeitig, d. h. bis spätestens im Termine selbst, ein ärztliches Zeugnis einzureichen, welches, dessen der dasselbe ausstellende Arzt nicht amtllich angestellt sein sollte, durch die Polizeibehörde zu beglaubigen ist. Dagegen ist es den an der Losung teilzunehmenden Berechtigten freigestellt, im festgesetzten Termine zu erscheinen, um ihr Los selbst zu ziehen; für diejenigen, welche im Lokale nicht anwesend sind, wird seitens eines Mitgliedes der verstärkten Erfahkommission das Los gezogen werden.

Während der Bestellfahrten sind die Postpaketbesteller verpflichtet, von dem Publikum Pakete ohne Wertangabe zur Ablieferung bei der Postanstalt anzunehmen. Es ist auch gestattet, bei der Postanstalt die Abholung abzugebender Pakete aus der Wohnung des Absenders schriftlich zu bestellen. Für derartige Bestellschreiben, Bestellskarten oder Anmeldebettel kommt eine Gebühr nicht zur Erhebung; diese Betiel können in den Briefkasten gelegt oder den bestellenden Boten mitgegeben werden. Die Paketbesteller nehmen die Pakete innerhalb der Häuser selbst, die sie zum Zwecke der Bestellung betreten, oder auch an denjenigen Stellen entgegen, wo ihr Fuhrwerk hält. Die Paketbesteller führen ein Annahmabuch mit sich, in welches sie die angenommenen Paketendungen einzutragen haben; zum Eintragen ist auch der Absender befugt. Für die von den Paketbestellern eingesammelten genöthigten Pakete kommt außer dem Porto eine Nebengebühr von 10 Pfg. zur Erhebung.

Universitätsnachrichten. Das Verzeichnis der im Sommerhalbjahr 1895 aus der Universität Leipzig zu haltenden Vorlesungen ist erschienen und durch die Expedition der Universitätskanzlei (Altes Triersches Institut) oder die Universitätsbuchhandlung (Grimmischer Steinweg 3) zum Preise von 30 Pfg. zu beziehen.

Weber-Vorlesung im Arbeiterverein. Schon längst war in den Kreisen der Vereinsgenossen der Wunsch reg, die Kenntnis des gewaltigen socialen Dramas Die Weber von Werh. Hauptmann weiteren Kreisen zu vermitteln. Nachdem der ursprüngliche Gedanke einer Aufführung äußerer Umstände und technischer Schwierigkeiten halber fallen gelassen war, und da auch die Vorlesung durch einen einzelnen des ganzen Charakters des Stückes wegen sich als unmöglich erwies, so bot sich als Ausweg nur eine Vorlesung mit verteilten Rollen. Diese fand nun nach einer Anzahl vorhergegangener Proben Sonntag abend im ersten Vereinslokale (Georgentrage) statt. Von Einzelheiten abgesehen, kann die Durchführung als recht gelungen bezeichnet werden, und auch die gewiß schwierige Aussprache des schließlichen Dialekts ließ nur wenig zu wünschen übrig. Konnte auch der Eindruck, den eine Aufführung erzielt haben würde, naturgemäß durch das bloße Vorlesen nicht hervorgebracht werden, so ist doch unzweifelhaft die ganze vorstende

Vereine und Versammlungen.

Erziehung und Sch. Im Nichte des Socialismus lautete das Thema, über das kürzlich Genosse Dr. David-Wiegen im ersten Vereinslokale des Arbeitervereins referierte. Der Redner führte etwa folgendes aus: Die eminente Wichtigkeit der vorliegenden Frage kam von niemandem bestritten werden, und das allseitige Interesse wird dadurch erhöht, daß auf diesem Gebiete jeder seine Erfahrungen sammeln kann. Man hat die Schulverhältnisse eines Volkes als Gradmesser für die Kultur hingestellt, und von niemandem kann der innige Zusammenhang geleugnet werden, der zwischen beiden besteht. Welcher Art ist nun dieser Zusammenhang, welches ist Ursache, welches Wirkung? Wird der hohe Kulturzustand eines Volkes durch seine gute Schule bedingt, oder umgekehrt? Ein bekanntes Wort lautet: „Wer die Schule hat, hat die Zukunft.“ hier wird also die Schule als Ursprungsstätte angesehen. Der Referent ist gegenentlicher Ansicht. Das Leben, sagt er, ist der eigentliche Quell, wie uns dies schon ein einfacher historischer Rückblick zeigt. Wir Socialdemokraten und unsere Bahnbrecher sind, was sie geworden sind, geworden ohne, ja gegen die Schule, und obwohl unsere Gegner die Schule in Händen haben, so gehört doch die Zukunft nicht ihnen, sondern uns. Nur das Leben treibt die Menschheit vorwärts und hat sie durch diese einen höheren Kulturzustand erungen, so steht sie die Schule nach sich, damit durch diese das Erreichte erhalten und als Grundlage für weitere Fortschritte der nächsten Generation übermitteln werde. Das Hauptziel, an dem unsere Schulzustände krank, sei die Abhängigkeit von den herrschenden Klassen, die ein lebhaftes Interesse an der möglichst geringen Vervollkommnung der Schule haben.

Mit einer allgemeinen Volksbildung wäre die weitere Aufrechterhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie unmöglich, denn die Bildung würde mit den zufriedenen Arbeitern, den „braven Unterthanen“ gar bald aufkräumen; sie ist ein Feind der Autorität — daher also die Unfähigkeit der Herrschenden, eine wahre Reform der Schule herbeizuführen. Wie der Proletariat der Armenschule, so bedarf die Bourgeoisie der Standschule, um ihre Privilegien auf ihre Kinder fortzuerben, um ihnen das Bildungsmonopol zu erhalten. Daher widersetzen sich auch alle Bourgeoispartei ohne Ausnahme dem Gedanken einer Einheitschule, besonders auch die Freikünigigen, die sich in den letzten Jahren immer als Vertreter des Lehrstandes aufgespielt haben, und die z. B. in Berlin wohl die Möglichkeit gehabt hätten, jenen Gedanken zu verwirklichen, jedoch nicht den kleinsten Schritt in dieser Richtung gethan haben. Wie sehr heute die Bildung Klassenmonopol ist, zeigt z. B. auch Leipzig, wo sich die städtischen Bewandungen für Bildungszwecke folgendermaßen verteilen: An Zuschuß erhält ein Schüler im Jahr an den Gymnasien 2-300 Mk., Nikolai-gymnasium z. B. 234 Mk., an Realgymnasium 124 Mk., an der höheren Töchterschule 98 Mk., an den Bezirksschulen nur 51 Mk.

Man hat in den letzten Jahren, besonders seit den bekannten kaiserlichen Schülerlassen vom Jahre 1890 die Schule gegen die Socialdemokratie mobil gemacht, besonders im Religions- und Geschichtsunterricht sollten die Ideen des „Umsturzes“ bekämpft werden. Der Erfolg ist gleich Null gewesen, denn außer in die eigentliche Schule geht das Kind sowohl wie der Lehrer noch in eine andere Schule, in die des Lebens, und diese Schule ist es, die dem Menschen den Stempel aufdrückt.

Wir Socialdemokraten erfahren natürlich schon vom Princip der Gleichheit aus die Einheitschule; wir können unmöglich den Widerstand, die Ungerechtigkeit, die in den Klassenunterschieden schon in der Kinderwelt liegt, verlängern.

Redner giebt nun in großen, anschaulichen Zügen ein Bild davon, wie er sich die Schule in einer socialistischen Gesellschaft denkt. Als dem wissenschaftlichen gleichwertig muß der Handfertigkeit zuerrit anerkannt werden, dem Erweiden und der Ausbildung der Anlagen muß in größtmöglicher Weise Rechnung getragen werden. Nur dann wird eine freie Berufswahl ermöglicht

Gewalt des Stalles allen Zuhörern zum Bewußtsein gekommen, und keiner wird dem Abend als einen verlorenen anzusehen haben.

Ueber eine Kanalverbindung der Stadt Leipzig mit der Elbe hat dieser Tage der Regierungsbaumeister und Stadtverordnete Götz in der hiesigen Polytechnischen Gesellschaft einen Vortrag gehalten...

Die Räuber, die am Dienstag den Raubanfall auf den Briefträger Breitsfeld verübten, sind noch immer nicht ermittelt. Nach einer Mitteilung sollen sie am Dienstag nachmittag mit einem Fleischwagen von Thonberg nach Wächau gefahren sein.

Montag nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr wurde auf dem Postamt 6 in der Wiesenstraße ein mit fünf Siegeln versehenes, zu 180 Mark deklarierter Geldbrief mit der Adresse Herrn Julius Aldermann, Dresdener Straße 20, 11., bei Wechsel ausgegeben.

Als Abnehmer war darauf ein W. Weichert angegeben, die Briefstücke waren mittels eines Postkutschers mit dem Buchstaben W hergeschickt. Mit diesem Briefe erschien nun gestern vormittag der Geldbriefträger Breitsfeld an der bezeichneten Wohnung...

Der Briefträger Breitsfeld hatte bei dem Ueberfall noch 1500 Mark bei sich. Nach der Affaire erledigte er erst noch seine sämtlichen Bestellungen. Bei der Durchsuchung der Wernerischen Wohnung fand die Polizei das Versteck, mit dem der angelegte Geldbrief in der Wohnung versteckt war.

Nach näher eingezogenen Ermittlungen bestätigt sich die Meldung nicht, daß die beiden Verbrecher mit einem Fleischwagen die Richtung vom Thonberg nach Wächau eingeschlagen hätten. Weiter sind auch die anderen, in der Stadt kursierenden Gerüchte, daß die beiden in einer Destillation gefangen worden sind, leere Behauptungen und Thatsache ist nur, daß die Polizei im Besitze der Photographien von Werner und Schmidt ist...

Wegen betrügerischen Bankrotts ist der Südbrauhändler Louis Spieß von hier in Haft genommen. Wegen Teilnahme an den betrügerischen Handlungen wird auch nach einem Bruder des Spieß gefahndet.

Zum Notstand. In das hiesige Jakobshospital wurde ein ca. 60jähriger Mann aus Großdeuben eingeliefert, der sich in der Nacht zum Mittwoch in ein Bauerngut zu Crostewitz eingeschlichen hatte, um dort zu nächtigen.

Wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange wurde der 30 Jahre alte Handarbeiter aus Schnefeld verhaftet, der kürzlich in einem Restaurant der Südstraße dem Arbeiter Knoll bei der schmerzhaften Austragung eines Duells einen Besenstiel in den Unterleib stieß, an welcher Verletzung Knoll tags darauf verschied.

Verhaftet wurde ein hiesiger 30jähriger Hausflächler, der gestern in der Moritzstraße geschlachtet und dabei 10 Pfund Fleisch gestohlen hatte.

Beim Betteln wurde am Dienstag nachmittag in der Sophienstraße ein 26 Jahre alter arbeitsloser Schriftsetzer betrogen. Nach seiner Inhaftnahme fand man bei ihm einen scharf geladenen Revolver. Der Schriftsetzer gab an, daß er sich damit habe erschießen wollen.

Ein geringfügiges Schadenfeuer wurde gestern mittag aus einem Hause in der Thalstraße gemeldet. Durch glühende Kohlen, die aus dem Ofen herausgefallen waren, war das Holzwerk in Brand geraten. Die Feuerwehr war zwar am Platze erschienen, konnte jedoch nach einigen Minuten wieder abrücken, da weiter keine Gefahr vorhanden war.

Mit Eisstücken besetzt war heute vormittag ein Teil der Bülowstraße. Ein Eiswagen der Vereinsbrauerei, der jedenfalls zu hoch beladen war, hatte einen Teil seiner Ladung verloren. Die Eisdecke muß übrigens jetzt eine ganz respektable Stärke besitzen.

Ein Ladendiebstahl wurde heute morgen bei einem Bäckermeister in der Brandstraße zu Connewitz verübt. Es wurden ca. 30 Mk. aus der Ladentasse entwendet.

In Halle kam vorgestern früh in der Bayerischen Straße das Pferd eines Postwagens. Das Tier konnte sich nicht wieder erheben und mußte dort lange Zeit liegen bleiben.

Böhmisch-Ehrenberg. Sonntag abend 8 Uhr hatte die hiesige Lehrerschaft einen sogenannten Eltern-Abend im Gasthof zur großen Erde einberufen. Der Zweck der Vereinigung war: der gegenseitige Meinungsaustausch über die Bildung und Erziehung der Kinder.

Engelsdorf. (Gemeinderatsitzung vom 11. Februar.) Das Gesuch der Redaktion des Dorfanzeigers um Ausnahme der amtlichen Bekanntmachungen bei Gewährung von 50 Proz. Rabatt wird veragt. Zur Petition, betreffend das Halten eines Eisenbahnzuges zwischen 7 und 8 Uhr abends in Sommerfeld, wird beschlossen, die Eingabe nochmals und zwar gemeinschaftlich mit dem Gemeindevorstand von Sommerfeld zu bewirken.

Aus den amtlichen Bekanntmachungen. Städtische Gewerkschule. Anmeldungen für die Tageschule werden vom 25. Februar bis 4. März an den Wochentagen 4-5 Uhr, Sonntag 11-12 Uhr im Schulgebäude, Wächterstr. 13, entgegengenommen.

Abendschule. A. Abteilung für Maschinenbau, Mechaniker, Elektrotechniker: Unterrichtskurse in Mathematik, Mechanik, Projektionszeichnen, Maschinenzeichnen, Buchführung.

B. Abteilung für Bau- und Kunstgewerbe: Freihandzeichnen, Modellieren, Projektionszeichnen, Perspektiv-, Baukonstruktion, Fachzeichnen für Tischler, Schlosser, Klempner, Tapeziere, Bildhauer, Graveure, Buchbinder u. c. Anmeldungen vom 25. Februar bis 31. März.

Nähere Auskunft erteilt der Direktor. Leipzig, 9. Februar 1895.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Leipzig, 13. Februar. Wegen Münzverbrechens wurde nach einer nichtöffentlichen Verhandlung der 26 Jahre alte Handarbeiter Friedrich Wilhelm Kellermann aus Kleinöhrn unter Annahme mildernder Umstände und unter Anrechnung von zwei Monaten der Untersuchungshaft zu vier Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Leipzig, 14. Februar. Der versuchte Notzucht angeklagt, hatte sich der 33 Jahre alte frühere Steinseher und jetzige Handarbeiter Konstantin Niedworol aus Chrosczina bei Oppeln zu verantworten. Die Verhandlung wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Ein Uebelstand, der infolge der Kälte mit jedem Tage fühlbarer wird, ist die auf den Wegen sich befindende Glätte. Wie bei allen Sünden gegen das Allgemeinwohl, so hat auch hier wieder der Arbeiter am meisten darunter zu leiden, da er sich nicht wie der besserstufierte fahren lassen kann, sondern seinen Weg zur Arbeitsstelle meist zu Fuß machen muß.

Telegraphische Depeschen.

Privattelegramme der Leipziger Volkszeitung. Berlin, 14. Februar. In einer gestern abgehaltenen Versammlung der Tischlermeister gab der Obermeister der Innung an: 1871 existierten in Berlin 4200 Meister, 1885 nur noch 2800, im Jahre 1890 aber gar nur noch 2089.

Wolffs telegraphisches Korrespondenz-Bureau. Köln, 13. Februar. Der Köln. Btg. wird aus Belgrad gemeldet, daß der ehemalige Regent Nikitch sich bereit erklärt habe, der Koalition der Liberalen, Radikalen und kleineren Parteigruppen mit seinem Blute beizustehen.

Prag, 13. Februar. (Landtag.) Bei der Beratung des Budgets sprach der Statthalter Graf Thun die Ansicht aus, daß die von Weyr kundgegebene antilöcherische Gesinnung von dem tschechischen Volke nicht geteilt werde.

Wien, 13. Februar. Nach Meldungen aus Belgrad sind dort Gerüchte über eine angebliche Revolution in Bulgarien verbreitet. Fürst Ferdinand sei nach Rumänien oder Serbien geflüchtet.

Paris, 13. Februar. Aus Belgrad wird gemeldet: Der Ministerrat beschloß die Mobilisierung von fünf Regimentern, um die in mehreren Bezirken ausgebrochene antidynastische Bewegung zu unterdrücken.

London, 14. Februar. Wie der Standard aus Peking meldet, wird, da die Rückberufung der japanischen Abgesandten erfolgt ist, demnächst der japanische Gesandte in Amerika, Dun, ferner Li-Hung-Tschang und Prinz Kung oder Robert Hart zu Bevollmächtigten für die Friedensverhandlungen ernannt werden.

Yokohama, 13. Februar. Die chinesischen Abgesandten für die Friedensverhandlungen haben gestern auf der Rückreise nach Peking Nagasaki verlassen. Die japanische Regierung giebt fortwährend ihre Bereitwilligkeit kund, die Unterhandlungen mit dem mit Vollmachten versehenen Gesandten wieder aufzunehmen.

Theaterveranstaltungen. Neues Theater. Donnerstag den 14. Februar: 44. Abonn.-Vorstellung. (4. Serie, Braun): Gattin!

Altes Theater. Donnerstag den 14. Februar: Der Oberkeiser. Operette in 3 Akten von M. West und L. Heid.

Rüchzenzeitel der hiesigen Speisehallen. Freitag: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Saucen, Kartoffeln mit Rindfleischsaft, Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Röhre mit Sauerkraut und Pötel-schmelzestück.

Briefkasten der Redaktion. H. J., Hohemündten. Nichten Sie die Anfrage an Frau Marie Breudenow, Petersstraße 9. Leipzig.